

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 51, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6428
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

Inhalt:

Entwicklung unseres Verbandes im Jahre 1909. — Die Bewegung der Gasarbeiter in Ulm. — Arbeiterauswahlgewahlen in Köln. — Der Kampf im Baugewerbe. — Die Generalkommission im Jahre 1909. — Aus den Stadiparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Gerichts-Zeitung. — Rundschau. — Verbandsteil. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Kongress der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands. — Delegiertenwahlen zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress.

Entwicklung unseres Verbandes im Jahre 1909.

Die wichtigeren Vorkommnisse und allgemeinen Entwicklungstendenzen unserer Organisation im verfloßenen Jahre sind bereits in Nr. 4 dieses Jahrganges gekennzeichnet worden. Es verbleibt uns daher nur eine Nachprüfung und Ergänzung an Hand der in Nr. 14 veröffentlichten Jahresabrechnung.

Sollen wir ein Urteil vorweg abgeben, so müßte es lauten: Unser Verband hat im Jahre 1909 die ihm gestellten Aufgaben in jeder Beziehung der Lösung entgegengeführt. Wohl sind die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht in dem Maße erfolgt, wie das unsere Kollegen mit Zug und Recht forderten, aber man kann sich unserem Einfluß doch nicht mehr entziehen. Der Ausbau unserer Organisation, den der Dresdener Verbandstag nach schweren Wehen gebär, hat sich gut bewährt und wird auch weiter dazu beitragen, daß unser Mitgliederstand stabil ist, unsere Leistungen für den einzelnen größer werden. Nicht sprunghaft, aber doch mit strammen Schritten sind wir vorwärts gekommen.

Sehen wir uns das Zahlenbild im einzelnen etwas näher an. Die Mitgliederbewegung brachte uns insgesamt 3172 oder 10,82 Proz. Zuwachs. Wir stiegen von 29316 auf 32488 Mitglieder. Den schwächsten Zuwachs brachte diesmal das 2. Quartal mit 326. Augenscheinlich wirkte hier der bevorstehende Verbandstag etwas hemmend ein. Aber schon das 3. Quartal brachte die übliche Zuwachsquote von ca. 800. Sie wurde erheblich übertrumpft im 4. Quartal mit 1167 Mitgliederzunahme.

Glänzender noch ist das Bild der zahlenden Mitglieder (13 Wochenbeiträge). Hier sind wir von 24378 auf 28179 = 15,59 Proz. emporgerückt. Im 3. Quartal verzeichneten wir sogar 89,06 Proz. zahlende Mitglieder, was sich allerdings durch die am 1. Oktober vorgenommene Wählerkontrolle (durch Einzug) erklären läßt. Aber auch das vierte Quartal weist noch 86,71 Proz. der buchmäßigen Mitglieder zahlende auf. Ein Resultat, wie es selten in der Gewerkschaftsbewegung zu finden ist.

Erwähnt sei noch, daß die weiblichen Mitglieder den 624 (1908) auf 758 (1909) gestiegen sind. Hier wird in

Anbetracht der ziemlich zahlreich vorhandenen Kolleginnen in städtischen Betrieben, Seil- und Badeanstalten noch energischer mit der Agitation eingesetzt werden müssen.

Erfreulich wirkt auch der neue Sproß am Verbandsbäum: unsere Jugendlichen. Sie wurden im 4. Quartal 1909 erstmalig von der Filiale Berlin organisiert und zählten am Schlusse des Jahres 109 Mitglieder.

Wir hatten in den 20 Gauen unseres Verbandes Ende 1908 erst 111 Filialen. Sie sind Ende 1909 auf 134 gestiegen und betragen gegenwärtig 148. Ein Beweis, daß unsere fortgesetzte Mahnung, die Agitation in den kleineren Orten nicht zu vernachlässigen, auf guten Boden gefallen ist. Immerhin liegen selbst noch einige Großstädte brach. Es ist zu hoffen, daß das so schwungvoll einsetzende neue Jahr uns endlich auch Eingang verschafft in diese neuen Gebiete.

Wenden wir uns nunmehr dem inneren Gefüge unserer Organisation zu, so werden besonders die Finanzen zu würdigen sein. Zunächst ist folgende Uebersicht zu beachten:

	Netto-Einnahmen Mk.	Ausgaben Mk.	Differenz Mk.	Vermögen Mk.
1908:	550 797	404 218	+ 86 578	881 219
1909:	651 152	655 504	- 4 442	826 777

Trotz der um zirka 100 000 Mk. erhöhten Nettoeinnahme gelang es uns im verfloßenen Jahre nicht, einen Ueberschuß zu erzielen, vielmehr ging das Vermögen um 4442 Mk. zurück. Auf den Kopf der Mitglieder verrechnet ist das Bild sogar noch wesentlich ungünstiger. Im Jahre 1908 hatten wir pro Kopf 13,59 Mk. Vermögen, während 1909 nur noch ein Vermögensbestand von 11,60 Mk. verblieb. Unser wiederholt ausgesprochener Wunsch, es analog manchen anderen Verbänden auf 20—25 Mk. pro Kopf zu bringen, ist also noch weit im Felde. Indessen lagen im verfloßenen Jahre zwei außerordentliche Ausgaben vor: der Verbandstag kostete 12 615 Mk. und der Kieler Streik erforderte 87 144 Mk., soweit bislang die Abrechnung erfolgt ist. (In dieser Summe sind 12 952 Mk. durch die Filialen für den Kieler Kampf aufgebracht worden.) Ob in den nächsten Jahren sich ähnliche Stämpfe abspielen, ist natürlich nicht mit Bestimmtheit zu sagen, aber gewiß nicht so unwahrscheinlich, wie mancher glauben mag. Es gab eine Zeit — und sie ist nicht gar so fern —, da waren die „Streikglaubigen“ (d. h. diejenigen, die vom Streik als wichtiges Kampfmittel auch für uns überzeugt waren) noch recht spärlich in unseren Reihen. Heute dürfte die Auffassung so ziemlich allgemein vorherrschen:

Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last — greift er
Dinauf getrosten Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen unveräußerlich!

Einfacher gesagt: Wenn die Stadtverwaltungen unter keinen Umständen Entgegenkommen zeigen und alle sonstigen Mittel erschöpft sind, verbleibt auch uns wie den anderen Arbeitergruppen nur der Streik als Letztes übrig. Die Vorgänge in Kiel haben uns nur in dieser Auffassung bestärkt und die Gemeindebehörden hätten alle Veranlassung, den Bogen nicht gar so straff zu spannen. In Hamburg ist nur mit genauer Not ein Riesenkampf vermieden worden, und in Berlin grollt und gärt es seit Jahren unter der Oberfläche, weil die Reichshauptstadt im Zeichen Fischbeds und Steinigers steht, zweier Leute, die sich augenscheinlich nicht immer der Tragweite ihrer unerhörten Provokationen bewußt sind.

Doch wir wollen noch einige weitere Betrachtungen an die Abrechnungszahlen knüpfen. Die gesamte Streikunterstützung (inkl. Kiel) stieg von 15 693 M. (1908) auf 100 145 Mark! Dazu kommen noch 3500 M. Streikunterstützung für andere Gewerkschaften. Die Gemahregeltenunterstützung hält sich annähernd auf gleicher Höhe, 4748 M. in 1908 und 5141 M. im verfloffenen Jahre. Sie ist eigentlich ganz enorm und beweist, daß sich manche Stadtverwaltungen noch immer nicht recht an uns gewöhnen können.

Die Erwerblosenunterstützung weist folgende Vergleichszahlen auf:

	1908	1909
Arbeitslosenunterstützung	8 367 M.	10 859 M.
Krankenunterstützung	53 140 "	62 321 "

Auch hier ein fortgesetztes Steigen, und zwar absolut wie relativ, denn pro Kopf der zahlenden Mitglieder wurden verausgabt:

	1908	1909
Arbeitslosenunterstützung	35,5 Pf.	39,3 Pf.
Krankenunterstützung	225,4 "	238,7 "

Hierzu kommen die Lokalen Unterstützungen, und zwar:

	1908	1909
Arbeitslosenunterstützung	4 448 M.	5 198 M.
Krankenunterstützung	18 823 "	22 890 "

Diese segensreichen Einrichtungen wird jetzt wohl niemand mehr bekämpfen, so daß sich weitere Erörterungen hierüber erübrigen. Die Sterbeunterstützung, unser ältester Unterstützungszweig, stieg von 22 270 M. (1908) auf 25 185 M.

Die Agitation erforderte durch die

	1908	1909
Gaubureaus	72 060 M.	72 051 M.
Hauptbureau	5 232 "	1 888 "

Beide Posten zusammen ergeben pro Kopf einen scheinbaren Rückgang, nämlich 1908: 325,7 und 1909: 274,9 Pfg.

Für 1909 kommen noch die Ausgaben für Lohnbewegung hinzu in Höhe von 31,8 Pfg., so daß die Vergleichssumme 306,7 Pfg. beträgt.

Auch die „Gewerkschaft“ hat zum ersten Male seit Jahren eine relative Minderausgabe zu verzeichnen. Die Ausgabe hierfür ist von 207,3 Pf. pro Kopf auf 201 Pf. in 1909 gefallen. Zimmerhin betrug die absolute Ausgabe 53 976 M. gegen 48 977 M. im Jahre 1908.

Von den Verwaltungsausgaben seien noch die Gehälter erwähnt. Sie stiegen von 19 790 M. (1908) auf 22 900 M. Das ist pro Kopf eine Steigerung von 83,6 auf 84,7 Pf.

Endlich seien noch die Drucksachen herausgegriffen, die hauptsächlich infolge des Verbandstages von 7955 M. auf 13 603 M. gestiegen sind.

Wir haben den Kollegen etwas viel Zahlenfutter zugemutet. Will man aber einen Ueberblick über den inneren Bau unserer Organisation, über Aufstieg, Leistungsfähigkeit und Kraft unserer Bewegung gewinnen, so müssen die vorstehenden Zahlen Beachtung finden.

Wohl können wir stolz auf das verfloffene Jahr zurückblicken. Durch die Verbandstagsbeschlüsse ist, un-

geachtet mancher Begleiterscheinungen, eine neue Etappe auf unserem Vormarsch gekennzeichnet. Mehr noch bot der Kieler Streik Anlaß, unser Selbstgefühl zu heben, unseren Opfermut zu betätigen und unsere Waffen zu prüfen. Nachdem nun auch zahlenmäßig der Beweis fortgesetzten Wachstums und Vorwärtsschreitens erbracht ist, muß uns dieses Ergebnis anspornen, in nimmer rastender Kleinarbeit auch fernerhin dafür zu sorgen, daß unsere Armee anwächst und sich mit rechtem Kampfesmut beseelt. Die tägliche Arbeitsmisere mit all dem Kleinmut, den die Tagesfron gebiert, darf uns nicht unterkriegen, sondern da, wo unsere Bestrebungen auf hartnäckigen Widerstand der indifferenten Kollegen oder der Vorgesetzten stoßen, muß eine sieghafte Zuversicht sich nicht beirren lassen, sondern stetig und unermüdetlich den Kampf aufnehmen.

Im Eiltempo haben die großen Industrieverbände, die Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Bauarbeiter usw. die Stagnation überwunden, und Zehntausende sind in den letzten Monaten für die modernen Organisationen gewonnen worden. Auch wir müssen die günstige Situation mit ganzer Kraft für die Stärkung unserer Organisation nutzbar machen. Große Kämpfe im Baugewerbe stehen bevor. Was aber dort erkämpft werden soll: das volle Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, muß auch uns einmal werden. Jene Kämpfe sind ein Teil unseres Kampfes und darum müssen auch wir alle Kräfte einsetzen, um in diesen Zeiten schwerer Not unseren Mann zu stellen.

Wer länger abseits steht, begeht eine grobe Pflichtverletzung. Sorgen wir dafür, daß die Pflichtvergessenen in den Reihen der Gemeinde- und Staatsarbeiter immer seltener werden!

Die Bewegung der Gasarbeiter in Ulm.

Zeit 1. Dezember 1900 ist für die Feuerhausarbeiter des städtischen Gaswerks in Ulm der Dreischichtwechsel (Nachtstunde-schicht) eingeführt. Während man anderwärts bei Einführung dieser Arbeitsweise die Zahl der Gasarbeiter pro Schicht nicht verringerte, war man in Ulm der Meinung, daß es genüge, wenn man dem Scheine nach den Dreischichtwechsel einführe, aber von den Arbeitern verlange, daß anstatt früher 10 Mann pro Schicht, nunmehr sieben die gleiche Arbeit machten. Gegen außen ist man damit den Arbeitern dann möglichst entgegengekommen, aber tatsächlich sind dreimal sieben Mann nicht viel mehr als vorher zweimal zehn Mann. Der neue Betriebsingenieur, ein Sohn des früheren Betriebsleiters und nunmehrigen besoldeten Gemeinderats Schimpf, betrachtete die Arbeiter nur als Ausbeutungsobjekt, aus denen so viel als möglich herauszuholen seine einzige Aufgabe sein müsse. Er machte von dieser Absicht gegenüber den Arbeitern auch durchaus kein Geheul, und dazu dann eine Behandlung, die man von einem gebildet sein wollenen Vorgesetzten im allgemeinen nicht gewohnt ist. Der Herr Referentoffizier kam in Ausdrücken wie: „Mit der Sangesellschaft werde ich schon noch fertig! Ich werde schon noch einen neuen Boden legen!“ usw. des öfteren kein Wunder also, wenn sich eine tiefgreifende Erregung unter den Gasarbeitern immer mehr kund gab. Einige willfährige Werkzeuge, die sich zum Denunzianten erniedrigen, fanden sich leider auch im Betrieb, und so packte eben alles zusammen, um den Arbeitern das Leben so sauer wie möglich zu machen. Auf Hilfe vom Direktor konnte nicht mehr gerechnet werden, denn Recht zu bekommen, wenn man den Sohn beim Vater verklagt, ist höchst selten möglich. Für den Eingeweihten war es auch feststehend, daß man die Arbeiter zu gerne provoziert und zum Neupfersten getrieben hätte. Es waren verschiedene und zum Teil scharfe Auseinandersetzungen zwischen der Organisationsleitung und den Arbeitern notwendig, um dieselben von der Begehung von Unvorsichtigkeiten abzuhalten. Als man noch an die Arbeiter das Ansuchen stellte, mit sieben Mann künftig sechs Leben mit zusammen 44 Retorten zu bedienen, gegenüber zehn Mann bei der gleichen Arbeit im vorigen Jahr, da gab es keine kein Dalken mehr. Mit dem Vertreter des Stadtschultheißenamts, Amtmann Zahn, wurde am 18. März nach längeren Unterhandlungen endlich vereinbart, daß die angesehene Arbeit einige Tage probeweise gemacht werde. Während der Probe sollte dann eine gemeinderätliche Kommission

eine Beschäftigung der Betriebsweise vornehmen, worauf sodann der definitive Beschluß hierüber gefaßt würde.

Die Probe begann am 22. März, aber es zeigte sich sofort die Undurchführbarkeit, denn teilweise nur zusammen neun Minuten Pause in acht Stunden waren noch möglich. Am 24. März wurde dann von der Betriebsleitung der neue Vorschlag gemacht, daß die Retorten anstatt alle 60 Minuten künftig nur alle 70 Minuten beschickt werden sollten. Dadurch war die Forderung der Arbeiter genehmigt, nur war die Form der Durchführung eine andere, denn es bleibt sich vollständig gleichgültig, ob sieben Mann 77 Retorten oder acht Mann 88 Retorten bedienen. Die sieben Mann sollten nur dann die Arbeit zu machen haben, wenn es möglich wäre, mit 77 Retorten die nötige Menge Gas zu produzieren. Sind 88 Retorten notwendig, so werden bei jeder Schicht acht Arbeiter beschäftigt. Es steht aber fest, daß nur höchst selten es möglich ist, mit 77 Retorten auszukommen. Der Ausweg, den die Betriebsleitung gesucht, ist deshalb nichts weiter als ein Verlegenheitsprodukt. Die Behauptung des Gemeinderats Wieland in der außerordentlichen Gemeinderatsitzung vom 28. März, daß die Arbeiter jeden Versuch, mit der Neueinteilung auch nur eine Probe zu machen, ablehnten, ist demnach vollständig unwahr.

Die weitere Behauptung des Herrn Wieland: „daß die Arbeiter selbst weniger verantwortlich gemacht werden könnten, weil sie fortgesetzt durch sozialdemokratische Agitatoren in Atem gehalten werden, da alle Augenblicke ein Agitator von Stuttgart komme, der die Leute scharf mache“, ist auch nichts weiter als die von den Scharfmachern schon oft beliebte, aber doch nachgerade nicht mehr zu trügerische Lebensart.

Auf den gleichen Ton gestimmt sind auch die wohl in der Form verschiedenen, aber dem Inhalt nach gleichwertigen verlogenen Berichte der bürgerlichen Käseblätter. Die bestellte Arbeit sieht man den Nachwerken schon von weitem an, denn sicher stammen alle aus der gleich schmutzigen Quelle.

Geradezu komisch wirkte die Beforgnis der Stadtverwaltung Ulm um das Gaswerk, als in der Nacht zum Osterfesttag im Streife um das Gaswerk noch 12 Schuttmannsdoppelposten gestellt wurden, obwohl die Arbeiter durch ihre Vertreter der Betriebsleitung offiziell Mitteilung davon gemacht hatten, daß sie mit der Regelung der Angelegenheit vorläufig einverstanden seien und die Arbeitseinstellung unterbleibe. Man sollte doch auch in Ulm endlich wissen, daß auf Arbeiterwort eher gebaut werden kann, als auf Herrtenwort.

Es wäre nur wünschenswert, daß der Herr Oberbürgermeister den in Betracht kommenden Herren etwas mehr auf die Finger setzen würde, denn sicher wurde die ganze Hebe gegen die Arbeiter ohne sein Wissen inszeniert und nachträglich soll er in gewisser Beziehung doch die Verantwortung mit tragen, wenn der Teufel losgeht.

Die Haupteitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Arbeiterauswahlwahlen in Köln.

Der Ausgang der diesjährigen Arbeiterauswahlwahlen, die in der zweiten Hälfte des Monats März stattfanden, endeten mit einem vollen Erfolge unseres Verbandes. Die Niederlage der sog. „Christlichen“ ist eine vollkommene, haben sie doch nicht nur ihre beiden letzten Sitze im Elektrizitätswerk verloren, sondern auch in ihrer Hochburg, dem Betriebe des Fuhrparks und der Straßenreinigung, unserem Verbands weichen müssen. Die Wahlen haben das gehalten, was wir uns von ihnen versprochen: eine weitere Festigung unserer mit vieler Mühe erlängten Position in den städtischen Betrieben und Zurückdrängung des verderblichen Einflusses der mit dem Indifferentismus koalitierten Zentrums-gewerkschaft, genannt Christlicher Verband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- und sonstiger Hilfsarbeiter.

Außer diesem erfreulichen Ergebnis zeigten uns die diesjährigen Wahlen noch etwas anderes, das nicht minder den Fortschritt unserer Ideen zeigt, nämlich die Tatsache, daß mit wenigen Ausnahmen die gewerkschaftliche Organisation die Trägerin der Arbeiterauswahlwahlen geworden ist. Man muß sich der Zeit erinnern, wo diese Wahlen nur in einzelnen Betrieben einen ernsthaften Antritt hatten; zumeist verließen sie so, daß man sich entweder gar nicht an ihnen beteiligte, oder das Wählen als eine mehr oder minder angenehme Unterbrechung im täglichen Einerlei h. A. und fragten wir nicht, welche Personen bei solchen „Wahlen“ zu Arbeitervertretern gemacht wurden. Heute bringt man den Wahlen Interesse entgegen, man weiß, daß größere Dinge auf dem Spiele stehen, als den Schulze oder Müller in den Ausschuss zu

bringen, man fühlt, daß sich ein Akt vollzieht, der eine gewisse Bedeutung für die Gestaltung der Lebensbedingungen der Kollegenschaft hat. Und gerade darum ist es logisch, daß man sich an die Organisation hält und es für selbstverständlich betrachtet, die von der Organisation vorgeschlagenen Kandidaten zu akzeptieren. Nur von welcher Organisation, das ist in Köln die Frage, die, wie die Figur zeigt, immer mehr und mehr in unserem Sinne gelöst wird.

Hier das zahlenmäßige Ergebnis der Wahlen:

Betrieb	Es erhielten Stimmen					
	unser Verband		christl. Verband		Indifferente	
	1909	1910	1909	1910	1909	1910
Gasanstalt	186	181	101	88	—	—
Elektrizitäts- und Wasserwerk	116	183	101	129	—	—
Außenbetr. der Gas- u. Wasserw.	375	306	—	—	—	—
Straßenbahnwerkstätten	188	164	45	78	87	—
do. Straße u. Oberleitung	—	140	—	18	141	7
Tiefbauamt	100	131	—	—	85	—
Fuhrpark und Straßenreinigung	178	208	184	198	—	—
Hafenamt	64	81	—	—	—	—
Vorortbahnen (rechtsdrg.)	—	64	—	—	—	zerstreut
Summa	1207	1408	431	508	213	13

Es errangen Mandate: Unser Verband 10, christl. Verband 20, Geistl. Verband Mitglieder keine, Erschleute keine; unorganisierte Gruppen Mitglieder 2, Erschleute 2.

1) Es fehlten die Stimmen von drei kleineren Bahnhöfen.

Sehen wir uns einmal die Ergebnisse in einzelnen an.

In den Außenbetrieben der Gas- und Wasserwerke (Mohrlegung, Installation, öffentliche Beleuchtung) hatten wir keine Gegner. Dieser Umstand mag einen Teil der Kollegen von der Wahl abgehalten haben. Dies kann natürlich unseren Beifall nicht finden. Auch die Ausrede, daß die Wahl nicht genügend bekanntgemacht war, kann man nicht gelten lassen. Dann soll auch nicht verschwiegen werden, daß es insbesondere die Laternenwärter waren, die es nicht für notwendig hielten, zur Wahl zu gehen. Eine Reihe dieser Kollegen glaubt nämlich der Wahl nur dann Interesse entgegenbringen zu müssen, wenn auf der Kandidatenliste Laternenwärter figurieren. Demgegenüber muß betont werden, daß sich die Laternenwärter an jeder Wahl beteiligen müssen, auch wenn kein Kollege aus der öffentlichen Beleuchtung zur Wahl steht. Immerhin haben sich über 50 Proz. der Kollegen an der Wahl beteiligt und wurden unsere Kandidaten einstimmig akzeptiert.

Am selben Tage, und zwar am 15. März, fand auch die Wahl beim Elektrizitäts- und Wasserwerk statt. Hier hatten wir einen schweren Kampf zu bestehen, hatten sich doch alle Gegner der „Noten“ einträchtlich zusammengefunden, um diesen eine Niederlage zu bereiten. Nicht ohne Erfolg war das Bestreben gewisser Leute, welche, hinter den Kulissen stehend, die Wahl der christlich-indifferenten Kandidaten forcierten. Alles, was sich bei früheren Gelegenheiten für zu gut dünkte, an einer „Arbeiter“-auswahlwahl teilzunehmen, wurde diesmal abgetrieben: Obermaschinenisten, Obermonteure, Oberhelzer und wie die Ober alle noch betitelt sind. Der Zweck war augenfällig. Man sagte sich: Die „Noten“ haben uns im letzten Jahre eine Anzahl Schlappen beigebracht, jetzt gilt's, Rebanché zu nehmen. Auch eine Versammlung der Indifferenten brachte man zustande, und zwar fand diese im Arbeiterraum des Werkes im Zugweg statt. Wie nicht anders zu erwarten, entschied sich diese gelbe Zusammenkunft für die christlichen Kandidaten, doch alles war vergebens, die verhassten Noten blieben Sieger. Die zwei letzten christlichen Ausschussmitglieder scheiden damit aus und setzt sich der Ausschuss nunmehr ganz aus freiorганиisierten Kollegen zusammen, die wohl alles tun werden, um das Vertrauen der Mehrheit der Kollegenschaft zu rechtfertigen.

In der Gasanstalt ist die Anzahl der abgegebenen Stimmen um ein wenig zurückgegangen, eine Erscheinung, die im Rückgang der Arbeiterzahl begründet ist. Trotz aller angewandten Tricks haben die Christlichen einen dreimal größeren Verlust als wir. Bei der Wahl in der Gasanstalt zeigte sich die Verlogenheit der christlichen Taktik in der unverhülltesten Form. Um die unorganisierten Kollegen für die Wahl einzufangen, inszenierte man ein regelrechtes Aeschelreiben gegen den aus freiorганиisierten Kollegen zusammengesetzten Arbeiterauswahl. Alle Schledtigkeiten, die sich nur erfinden lassen, sagte man diesem und insbesondere dem Obmann, Kollegen Mosin, nach. Nicht nur in der Kleinagitation, sondern auch in Versammlungen, in der politischen und gewerkschaftlichen Zentrums- und u. s. w. wurde haarscharf „bewiesen“, daß der bisherige Arbeiterauswahlhobmann nunmehr ein Hampelmann

ist, der auf Geheiß des „Diktators Schäfer“ alles, nur nichts zum Besten der Arbeiter auszuführen hatte. Der Arbeiterauschuss wurde direkt als Hindernis für ein gezieltes Fortentwideln des Arbeitsverhältnisses bezeichnet. Selbst noch im letzten Flugblatt vor der Wahl wurde dieser Faden weitergesponnen, um dann zum Schlusse die Wahl — zweier Freiorganisierter, darunter Kollege Rosin, zu empfehlen. Zwischen die Namen unserer beiden Kollegen eingeschaltet fanden wir den eines „Christlichen“, und zwar desjenigen, von dem die Schimpfereien und öden Verdächtigungen ausgingen. Dieser gute Mann suchte sich also in dieser schlechten oder guten Gesellschaft, wie man's nimmt, in den Arbeiterauschuss einzuschmuggeln. Wir in Köln sind ja an manches gewöhnt, aber mit diesem Trick haben die „Christlichen“ von Afrika Lügen gestraft, das war denn doch noch nicht da. Wenn Lächerlichkeit töten würde, die Flohr und Nonforten hätten sich ihre Totenscheine ausstellen lassen können. Ein Gutes hat die Sache denn doch: auch dem rückständigen Kollegen wurde auf diese Art die Charakterlosigkeit der sogenannten „Christlichen“ demonstriert. Und was das Schönste dabei ist, selbige nahmen diese Prozedur selbst an sich vor.

Der Tiefbau wählte am selben Tage, am 18. März. Der Ausgang der Wahl in diesem Betrieb ist ein hocherfreulicher. Den Kollegen vom Tiefbauamt sagt man vielfach nach, daß sie etwas schwerfällig seien. Die Wahl hat das Gegenteil gezeigt, wurden doch die Verbandskandidaten nahezu einstimmig gewählt. Zwar fand sich auch ein christlicher Stimmzettelverteiler ein, bei der Auszählung der Stimmen fand man jedoch — nicht einen dieser Zettel wieder, also die christlichen Kandidaten haben selbst, soweit sie gewählt haben, unseren Stimmzettel der Wahlurne anvertraut. Schmerzlich, sehr schmerzlich für unsere Christen, zumal, wenn man bei der Auszählung die christliche Rubrik in ihrer vollen Reinheit unberührt lassen muß. Aber eins sei den Kollegen vom Tiefbauamt noch ans Herz gelegt: eine gute Wahl allein tut's nicht, der Arbeiterauschuss bedarf in seiner Wirksamkeit mehr Unterstützung von Euch, zumal der Obmann, Kollege W. Küppers, nach berühmten Mustern, nach irgend einem stillen Winkel verbannt ist, nur daß er nicht mit den Kollegen zusammenkommt. Die Versammlungen müssen besser besucht, der gegenseitige Gedankenaustausch mehr gepflegt werden.

Auch im Fuhrpark und in der Straßeneinigung blieben wir, und zwar zum ersten Male, Sieger. Diese Wahl war geradezu eine entscheidende zwischen der alten und der neuen Welt. Seitdem der Arbeiterauschuss existiert, hat er eine schwarze Färbung, und alle unsere Bemühungen in den vorhergehenden Jahren, die Farbe der Trauer durch eine Vermischung von etwas „Rot“ aufzuhalten, waren erfolglos. Aber diesmal gelang es. Trotz aller erdenklichen Anstrengungen der „Christlichen“ und des ihnen zu Wahlzeiten gefälligen Aufseher- und Hilfsaufseherkorps siegten wir, wenn auch nur mit einer geringen Mehrheit. Damit sind wir in die letzte befestigte Stellung der Christen eingedrungen. Außer der moralischen Schwächung haben sie den Verlust zweier Mandate zu beklagen.

Genau wie im vorigen Jahre haben sich auch die Kollegen des Sakenamtes gut gehalten. Die Zahl der Stimmen hat sich etwas gesteigert. Der Gedanke des einigen und geschlossenen Vorgehens erfährt auch hier die Kollegen immer mehr.

Bei den linksrheinischen Vorortbahnen, deren Domizil das zwei Stunden von Köln entfernte Dettlachen ist, gewinnt unsere Organisation ebenfalls an Einfluß. Wir waren in der Lage, bei der diesjährigen Arbeiterauschusswahl zwei unserer Verbandskollegen durchzubringen.

Interessant war der Kampf in der Gruppe B der Straßenbahnen (Haupt- und Revisionswerkstätten). In den Hauptwerkstätten, die 222 Wahlberechtigte aufwiesen, fanden unseren Listen andere gegenüber, die in ihrer Farbentönung nicht ganz genau zu erklären war. Christlich konnte man sie nicht nennen, da der christliche Verband sehr wenig Einfluß in diesem städtischen Betriebe hat, eine geschlossene Partei nicht-organisierter Kollegen ist aber auch nicht vorhanden. Bei näherem Zusehen wurde man dann gewahr, daß sich so eine Art Triole aufgetan hatte: konsequente Zentrumswähler, die unbedingt und bei allen Gelegenheiten gegen die „Roten“ sind, weiter die Mitglieder des christlichen Verbandes, letzten Endes dann alle jene Elemente, die durch möglichstes „Wohlverhalten“ ihrer mitunter recht charakterlosen Streberei Vorwärts leisten wollen. Auf der anderen Seite stehen unsere Verbandsmitglieder und jene Kollegen, die, obgleich nichtorganisiert, sich ein gesundes Urteilsvermögen bewahrt haben. Daß unter diesen Umständen von den 210 Abstimmenden sich 148 für die „Roten“ entschieden, ist ein erfreuliches Resultat. Außer dem Ergebnisse in den Hauptwerkstätten ist noch der Aus-

gang der Wahl im Bahnhof Ehrenfeld zu registrieren, in welcher Abteilung 18 Stimmen für unsere und 11 Stimmen für die christlichen Kandidaten abgegeben wurden. Genau wie im Vorjahre fehlt uns auch diesmal beim Niederschreiben dieser Zeilen das Ergebnis aus drei kleineren Bahnhöfen, was das Gesamtbild aber keineswegs verschiebt.

In der Gruppe C der Straßenbahnen (Oberleitung, Parabeileitung und Streckenwärter) haben wir unseren letzten und mit den erfreulichsten Sieg erfochten. Im Vorjahre noch mußten wir hier von einer Beteiligung an der Wahl Abstand nehmen; in diesem Jahre beteiligten wir uns nicht nur an dieser, wir waren auch in der Lage, unsere Kandidaten gegen eine verschwindende christliche Minorität durchzubringen. Das detaillierte Ergebnis ist wie folgt:

	ES erhielten Stimmen die Kandidaten unseres Verbandes	die Kandidaten des christl. Verbandes
Parabeileitung	97	6
Oberleitung	33	12
Streckenwärter	11	—
Summa	140	18

Die Wahlen sind vorüber. Wie eingangs schon erwähnt, brachten sie uns eine Festigung und Erweiterung unserer Position. Unsere Aufgabe wird es nun sein, unsere Stellung wie bisher zum Wohle der Gesamtkollegenschaft auszunutzen. Größerer Einfluß bedingt größere Verantwortung. Sind wir uns dessen immer bewußt und kommen wir gemäß unseres Verbandsprogramms unseren Verpflichtungen nach, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

R. H.

Der Kampf im Baugewerbe.

Seit Monaten beschäftigt neben der preussischen Wahlrechtsfrage der bevorstehende Kampf im Baugewerbe als anscheinend unabwendbares Ereignis die deutsche Arbeiterschaft. Und in der Tat: Es droht ein Riesenkampf, der Zeugnis ablegen soll von dem Solidaritätsbewußtsein aller organisierten Arbeiter. Darum sollten sich auch unsere Kollegen die gegenwärtige Situation im Baugewerbe klar vor Augen halten. Denn auch für uns wird bald die Zeit kommen, wo wir unseren kämpfenden Brüdern helfend beispringen können und müssen. Ist doch der Uebermut der baugewerblichen Scharfmacher ins Ungemessene gestiegen; da bedarf es der vereinten Gegenwehr, um diese Herren zu zwingen, ihre Ausperrungsmanie endlich fallen zu lassen und die beabsichtigte Herabsetzung der Lebenshaltung Hunderttausender zu verhindern.

Unsere Kollegen dürften zumeist durch die Tagespresse über die Ursachen und Einzelheiten des Kampfes unterrichtet sein. Es handelt sich in der Hauptsache um Zumutungen seitens der Arbeitgeber, die nie und nimmer von den Arbeitern erfüllt werden können. Am treffendsten wird die Situation und die notwendige Abwehr gekennzeichnet durch die Resolution, welche einstimmig von den Zentralverbänden der Maurer und baugewerblichen Hilfsarbeiter auf den besonders dazu einberufenen Verbandstagen angenommen worden ist. Wir geben sie deshalb nachstehend im Wortlaut wieder:

„Die Verbandstage der Zentralverbände der Maurer und baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands dokumentieren aufs neue und in vollster Einmütigkeit mit der Gesamtheit der Mitglieder, daß sie unerrückbar festhalten an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag. Die Zentralverbände bekennen sich damit zu wiederholten Malen zu friedlich-schiedlichen Verhandlungen mit den Organisationen der baugewerblichen Unternehmer, um auf dem Boden unbeträchtiger Parität einen gerechten Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Arbeiter und Unternehmer herbeiführen zu helfen.

Unbeschadet dieser grundsätzlichen Erklärung müssen die Verbandstage es jedoch ablehnen, auf Grund der vorliegenden Anträge des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe weiter zu verhandeln, da es ein böllig unfruchtbares Beginnen wäre, Tarifverträge durchzuführen, die das Vertragsmuster des Arbeitgeberbundes als Grundlage haben.

Insbondere lehnen es die Verbandstage ab, daß die Tarifverträge abgeschlossen werden zwischen den Zentralvorständen der Organisationen. Träger der Tarife müssen wie bisher die örtlichen Organisationen sein, denn diese sind es, die den Vertrag in allen Stufen und in erster Linie durchzuführen haben. Den Zentralvorständen bleibt die Aufgabe, die Durchführung der Tarife zu überwachen, Konflikte, die sich aus dem Vertragsverhältnis ergeben, vorzubeugen und die verbleibenden Differenzpunkte letzten Endes zu schlichten.

Ebenfalls müssen die Verbandstage es ablehnen, in einem Vertragsmuster Durchschnitts- oder Staffellöhne festzulegen. Völlig unannehmbar für die Zentralverbände ist auch jede einschränkende Bestimmung bei der Lohnfestlegung, soweit nicht alte, invalide und jugendliche Arbeiter in Betracht kommen.

Völlig undiskutierbar sind für die Verbandstage die Forderungen des Arbeitgeberbundes betreffend Affordarbeit und Arbeitsnachweis.

Die Verbandstage legen Wert darauf, festzustellen, daß sie in der Frage der Affordarbeit keine Änderungen des gegenwärtigen Zustandes anstreben, ihre Regelung vielmehr den örtlichen Organisationen zuweisen. Dagegen werden die Zentralverbände niemals einer Regelung der Affordarbeit in dem Sinne zustimmen, wie sie der Arbeitgeberbund fordert, wonach der Arbeiterorganisationen jeder Einfluß auf die Affordarbeit, insbesondere auch auf die zu zahlenden Löhne, genommen werden soll.

Der Zweck der von dem Arbeitgeberbund geforderten Arbeitsnachweise ist durch die Führer des Bundes selbst so klar gekennzeichnet, daß sie auch ohne die praktische Erfahrung der Arbeiterschaft als Maßregelungsbureaus bekannt sind. Die Zentralverbände haben längst erkannt, daß mindestens in den Großstädten die Arbeitsvermittlung einer Regelung bedarf. Dies kann jedoch nur auf dem Boden vollster Parität geschehen, und die Zentralverbände erklären sich zu wiederholten Malen bereit, gemeinsam mit den Unternehmerorganisationen an die Lösung dieser Aufgabe heranzutreten.

Schließlich müssen die Verbandstage unter allen Umständen darauf bestehen, daß der Arbeitgeberbund seine zwar außerhalb des Vertragsmusters, aber damit im Zusammenhang stehenden Beschlüsse über Lohnhöhe und Arbeitszeit aufhebt. Den Zentralverbänden der Maurer und Bauhilfsarbeiter ist es unmöglich, Verträge einzugehen oder überhaupt über ein Vertragsmuster zu verhandeln, wenn nicht zuvor die Bahn frei gemacht ist für die Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden, zunächst in den großstädtischen Arbeitsgebieten, wo es eine unabwendbare Notwendigkeit ist, und wenn ferner nicht eine vorherige Verständigung darüber erzielt wird, daß die Löhne den teuren Lebensverhältnissen entsprechend aufgebessert werden sollen.

Die Verbandstage der Maurer und baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands wiederholen, daß sie gern bereit sind, einen vertraglichen Zustand herbeizuführen und für den Frieden im Baugewerbe eine dauerhafte Grundlage schaffen zu helfen, sie können das aber nur, wenn der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe seine der Parität hart ins Gesicht schlagenden Forderungen fallen läßt und sich wie die Zentralverbände zu der Tariffrage bekennt, die eine notwendige Vorbedingung für Tarifverträge ist.

Inzwischen hatte bereits das Unternehmertum in Dresden gelangt und die scharfmacherische Richtung, die den Kampf um jeden Preis will, hat gesiegt. Am 15. April soll die Aussperrung erfolgen.

Dadurch ist sogar die Reichsregierung aus ihrer in solchen Fällen üblichen Selbstharnie erwaht. Es wurde eine Vermittlung zwischen den Unternehmerorganisationen und denen der Arbeiter versucht unter Vorsitz des Geheimrats Wiedfeldt. Es wurde von ihm vorgeschlagen, zunächst unter dem Vorsitz von drei Unparteilichen zu verhandeln. Aber schon hier lehnten die Unternehmer ab, während sich die Arbeiter damit einverstanden erklärten. Auch die weiteren Versuche zur Verständigung wurden von den Arbeitgebern strikte abgelehnt, so daß es also zum Kampf kommen wird.

Zwar ist augenscheinlich gerade den Bauherren in einzelnen Großstädten nicht ganz wohl bei diesem Beschluß, zumal in Hamburg eine Verständigung bereits erzielt ist und auch für Berlin eine solche noch denkbar ist, aber in Rheinland-Westfalen und den sonstigen Provinzen hat das Unternehmertum sich so verbissen in diesen Kampf, daß die Entscheidung am 18. April wohl nicht mehr zweifelhaft sein kann. Wir fordern deshalb schon jetzt alle Kollegen auf, die Bauarbeiter zu unterstützen, vorerst dadurch, daß jedermann über die Ursachen dieses Kampfes aufklärt wird. Der geeinte Wille der gesamten organisierten deutschen Arbeiterschaft steht hinter den Bauarbeitern. Dies mag den Bauherren zur Warnung dienen.

Die Generalkommission im Jahre 1909.

Das „Correspondenzblatt“ vom 2. April 1910 enthält den Bericht der Generalkommission für das Jahr 1909. Einleitend wird darin auf die Tätigkeit des Reichstags im letzten Jahre hingewiesen, welche für die Arbeiterklasse von einschneidendster Bedeutung war. Die sogenannte Finanzreform brachte fast ausschließlich indirekte Steuern, und zwar solche auf notwendige Verbrauchsgüter oder auf Genussmittel, deren Preiserhöhung einen

Rückgang des Konsums und damit eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Hierdurch ist eine unmittelbare finanzielle Belastung der Gewerkschaften eingetreten, während andererseits die organisierte Arbeiterschaft erneute Anstrengungen machen muß, um durch den Lohnkampf einen Ausgleich zwischen der Erhöhung der Preise der Verbrauchsgüter und der Lohnhöhe herbeizuführen.

Auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung war dagegen die Arbeit des Reichstags äußerst dürftig. Das Arbeitskammergesetz entspricht schon keineswegs den Forderungen der Gewerkschaften, die etwas liberalen Änderungen, die die Reichstagskommission beschloß — z. B. daß auch Gewerkschaftsbeamte in die Arbeitskammern gewählt werden können — fanden bei der Regierung kein Gehör. Der dem Reichstage neu zugegangene Entwurf zeigt nur die Aufnahme der Verschlechterungen, nicht der Verbesserungen, die die Kommission beschloß. Die Gewerkschaften müssen nun von neuem ihre Forderungen dagegen geltend machen.

Einen besonders scharfen Protest vom Standpunkt der Arbeiterinteressen fordert die Reichsversicherungsordnung heraus. Der in Kürze stattfindende Außerordentliche Gewerkschaftskongress wird zu der Sache Stellung nehmen und Maßnahmen treffen, die drohende Verschlechterung der Arbeiterversicherungs-gesetze abzuwehren.

Bezüglich der Maidemonstrationen erwähnt der Bericht die Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission, die die Bildung von Bezirksfonds anregen.

Die Zentrale für die arbeitende Jugend, über deren Einrichtung im letzten Berichte nähere Mitteilungen gemacht sind, kann von einer erfolgreichen Tätigkeit berichten. Alle Polizeischikanen haben ihr nicht nur nichts geschadet, sondern nur genützt. Das von der Zentrale herausgegebene Blatt ist so gestiegen, daß es sich aus der Einnahme von Abonnementgeldern erhalten kann.

Ein besonders erfreuliches Zeichen ist das Wachstum der neugegründeten Verbände der Land- und Waldarbeiter und der Hausangestellten.

Eine Erweiterung ihrer Tätigkeit erfuhr die Generalkommission durch die im letzten Jahre erfolgte Errichtung einer Sozialpolitischen Abteilung. Dieselbe hat ihre Tätigkeit am 1. April 1910 begonnen. Sie wird die Arbeiten für den Bauarbeiter-schutz, Heimarbeiter-schutz, gegen den Kost- und Logiszwang usw. in sich aufnehmen. Der Parteivorstand hat hierzu seine Mitwirkung zugesagt, da die sozialdemokratischen Abgeordneten die hier geschaffene Materialiensammlung mit benutzen werden.

Durch das Internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen ist in letzter Zeit die internationale Verbindung der Gewerkschaften so ausgestaltet, als es nach dem gegenwärtigen Stand der gewerkschaftlichen Organisation in den einzelnen Ländern möglich ist. Im letzten Jahre ist es auch gelungen, die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten von Amerika dem Internationalen Sekretariat anzuschließen. Zu dem in diesem Jahre in Kopenhagen stattfindenden Internationalen Arbeiterkongress sollen je 100 Vertreter aus Gewerkschaftskreisen und aus der Partei entsandt werden.

Gewerkschaftliche Unterrichtskurse wurden für 1909/10 nur drei veranstaltet, weil für 1909 zum ersten Male ein Kursus für Arbeitersekretäre eingerichtet worden ist. Von unserer Organisation nahmen daran vier Kollegen gegen acht des Vorjahres teil.

Die Einnahmen der Generalkommission bezifferten sich inklusive Bestand auf rund 789 000 Mk., die Ausgaben auf rund 350 500 Mk., so daß 438 500 Mk. Vermögensbestand verbleiben. Die Ausgaben sind gegen das Vorjahr um 90 000 Mk. gestiegen, die Einnahmen dagegen nur um ein geringes. Von den Ausgaben wurden mehr als 50 Proz. für Agitation verwendet. In den Sammlungen für Streiks ist die für die Schweden mit rund 1 200 000 Mk. aufgeführte, ein Betrag, der seit der Bergarbeiterbewegung im Jahre 1905 in Deutschland als Streiksammlung noch nicht erreicht worden ist.

Das Arbeiterinnensekretariat, das in der Hauptsache der Agitation unter dem weiblichen Proletariat dienen soll, kann vom Jahre 1909 berichten, daß es größer als sonst in Anspruch genommen wurde. Auf seine Veranlassung wurde eine allgemeine Agitation eingeleitet, um den Arbeiterinnen das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zu erringen. Ein diesem Zweck dienendes Flugblatt wurde in einer Auflage von 200 000 Exemplaren hergestellt. Das durch die Agitation gewonnene Material wird zu einer Petition an den Reichstag verarbeitet. Um die Agitation unter den Arbeiterinnen wirksamer zu gestalten, wurde ferner ein Serienflugblatt verfaßt, das den Kartellen und den Zentralverbänden und deren Zweigvereinen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. An die Kartelle ist ferner die Anregung ergangen, besondere Beschwerdestellen für Arbeiterinnen zu errichten, um diesen Gelegenheit zu geben, Beschwerden über Miß-

Hände und Ungeschicklichkeiten im Arbeitsverhältnis weiblichen Personen vortragen zu können, damit von hier aus die zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten auf diese Schäden hingewiesen werden können. Die veranlasseten Nebungstunden erfreuten sich eines regen Zuspruchs. Aufgabe des Sekretariats wird es sein, in der jetzt einsetzenden besseren Konjunktur alle die Allgemeinheit berührenden Fragen in zweckentsprechender Weise agitatorisch zu bearbeiten, um so mit beizutragen an der Ausbreitung des Organisationsgedankens unter den Arbeiterinnen.

Aus dem Jahresbericht des Zentralarbeitssekretariats für das Jahr 1909 ist zu entnehmen, daß diesem Institut im vorigen Jahre 2170 Streitsachen zur Vertretung überwiesen wurden. 1908 betrug die Zahl 1774, so daß im verfloffenen Geschäftsjahre eine Zunahme von 396 zu verzeichnen ist. Ueberwiesen waren diese Streitsachen, die Unfall-, Invaliden- und Knappschaftsrenten betrafen, in 1573 Fällen von Arbeitersekretären, 81 von den Gewerkschaftsstellern und Auskunftsstellen, 172 von den Vorständen oder Verwaltungsstellen der Gewerkschaftsorganisationen, 230 von den Klägern direkt und 114 durch Vermittlung von Gewerkschaftsmitgliedern, meist für unorganisierte Landarbeiter oder kleine selbständige Gewerbetreibende. Neben der Bearbeitung der 2170 Streitsachen aus dem Jahre 1909 waren an Rückständen aus dem Jahre 1908 535 Streitsachen, aus dem Jahre 1907 19 Streitsachen und aus dem Jahre 1906 eine Streitsache zu verzeichnen, so daß insgesamt 2725 Streitsachen zur Bearbeitung standen. Davon sind 1701 durch Urteil des Reichsversicherungsamtes, der Schiedsgerichte oder der Oberchiedsrichter der preussischen Knappschaftskassen erledigt, unerledigt blieben aus dem Jahre 1908: 9, aus dem Jahre 1909: 1023 Streitsachen. Von den 1701 erledigten Streitsachen betrafen 1522 Ansprüche auf Unfallrente, 153 Invalidenrentenansprüche und 20 Ansprüche auf Knappschaftsrente.

Von den 1701 Streitsachen, die im Jahre 1909 erledigt wurden, betrafen 1522 Unfallrentenansprüche. Davon verliefen für die Verletzten ganz oder teilweise erfolgreich 510, zu deren Ungunsten 714. In 236 Fällen wurde die Vertretung weil aussichtslos abgelehnt, 6 Refuse wurden von den Berufsgenossenschaften und 46 von den Verletzten zurückgezogen. Außerdem kamen 10 Verleichte zustande.

Von den 159 Invalidenrentenstreitsachen, die in der Revisionsinstanz vor dem Reichsversicherungsamt zur Entscheidung kamen, wurden 68 Revisionen der Verletzten abgewiesen, 20 Revisionen der Verletzten hatten den Erfolg, daß sie an das Schiedsgericht zurückverwiesen wurden und in 6 Fällen wurde den Verletzten die Rente zugesprochen.

Im Jahre 1909 erfolgten die Neuwahlen der Beisitzer zur unteren Verwaltungsbehörde. Die Wahlen sind für die Arbeitervertretung von erheblicher Bedeutung, da je nach dem Ausfall der Wahl sich die weitere Arbeitervertretung in der Landesversicherungsanstalt, dem Schiedsgericht, Reichsversicherungsamt und die Vertretung der Arbeiter bei Begutachtung der Unfallverhütungsvorschriften gestalten. Für die Wahlen kommt die öffentliche Propaganda nicht in Betracht, da die Wahl der Vertreter von den Vorständen der Krankenkassen und den Gemeindebehörden vollzogen werden. Zur Anleitung für die Wahl wurde vom Zentralarbeitssekretariat eine Broschüre verfaßt, die über die Aufgaben der Arbeitervertretung in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung eine kürzere Darstellung gab und auch den Wahlmodus erklärte. Die Broschüre ist an alle Gewerkschaftsstellern in mehreren Exemplaren verteilt und in einem Anschreiben auf die Bedeutung der Wahl hingewiesen.

• Aus den Stadtparlamenten •

Berlin. Der Magistrat hat jetzt im Einverständnis mit der Stadtverordnetenversammlung gestattet, daß die Zahlung der Dienstpensionen, Witwen- und Waisengelder einschließlich der laufenden Unterstüßungen und der Erziehungsgeber sowie der Bezüge an A u b e g e l d u. s. f. im Postamtsverwaltungsbezirk nicht nur bis zu 800 Mk., sondern bis zu jeder Höhe ohne Einzelquittung und versuchsweise auch durch Ueberweisung im Girowege erfolgen darf. Die Zahlung geschieht wie bisher auf schriftlichen Antrag, für welchen Vordrucke in der Stadthauptkasse ohne Entgelt erhältlich sind.

Frankfurt a. M. Der Magistrat teilte der Stadtverordnetenversammlung auf ihren Beschluß vom 21. Dezember v. J. mit: Es kommen für Einführung der achtstündigen Arbeitszeiten im Elektrizitätswerk I 80 Mann, in Werk II 20 Mann, zusammen 100 Mann, der neunstündigen Arbeitszeit bei dem nur am Tage (bez. ohne durchgehende Nacharbeit) beschäftigten Personal beim Kabelwerk 92 Mann, bei der Installation 6 Mann, zusammen 98 Mann in Betracht. Die Einführung der achtstündigen Arbeitszeiten erfordert mehr bei den unter I angegebenen Arbeitsstellen in Werk I 14 020,40 Mk., in Werk II 4060 Mk., beim Kabelwerk und Installationen zusammen 13 521,60 Mk., ergibt zusammen die Summe von 31 613 Mk. Dazu kommen an Zuschlägen für Pensionen und Reklottenversorgung, für Lohnfortzahlungen bei Kr-

loub, Krankheit, militärischen Übungen usw. 4425 Mk., so daß der Gesamtaufwand sich auf 36 038 Mk. stellen würde. Es könne, meint der Magistrat, die Frage einer Arbeitszeitverlängerung nicht für einen Betrieb allein, sondern nur im Zusammenhang mit den anderen städtischen Betrieben geregelt werden. Nach den vorläufigen Berechnungen des statistischen Amtes lasse sich schon jetzt sagen, daß eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit auf neun Stunden eine halbe Million Mark Mehrausgaben jährlich erfordern würde. — Also ist der Magistrat gegen eine Änderung der Arbeitszeitdauer. Das sagt er zwar nicht, aber das geht klar und deutlich aus der ganzen Erklärung hervor. Nun wird zunächst der Organisationsausschuß darüber zu befinden haben, wie er über die Sache denkt. Er hatte sich nämlich diese Auskunft des Magistrats erbeten. — Hoffentlich braucht es nun nicht auch noch wieder vier Monate, um sich zu entscheiden.

• Aus unserer Bewegung •

Dritte Gaufonferenz Frankfurt a. M. Am Sonntag, den 27. März 1910, fand im Gewerkschaftshause in Frankfurt a. M. die dritte Gaufonferenz des Gaues Frankfurt statt. Berieten waren die Filialen Aschaffenburg mit 1, Frankfurt 4, Gießen 1, Hanau 1, Mainz 3, Offenbach 1 und Wiesbaden 2 Delegierten; außerdem war vom Hauptvorstand der Kollege O. Kiedel-Berlin anwesend. Ins Bureau wurden die Kollegen S c h n e i d e r -Frankfurt und Weber - Wiesbaden als Vorsitzende, Kollege S c h m i t t -Mainz als Schriftführer gewählt. — Zum Tätigkeitsbericht führte der Kollege M a r o d e u. a. aus, daß das verfloffene Geschäftsjahr wohl seit Bestehen des Gaues das arbeitsreichste gewesen sei. Der Gau habe an Filialen und Mitgliedern bedeutend zugenommen; trotzdem bleibe noch ein großes Tätigkeitsfeld übrig, da im Gau noch eine große Anzahl kleinerer Städte mit einer beträchtlichen Zahl städtischer Arbeiter vorhanden sei. Auch diesen müßten wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden, weil dort die gegnerischen Organisationen, die „Christlichen“ und Hirsche, mit Vorliebe einzusetzen berufen, sich einzunisten. In den Großstädten wäre solches weniger zu befürchten. Das Jahr 1909 brachte einen erheblichen Aufschwung gegen das Krisenjahr 1908. Der Mitgliederbestand hat sich von 1510 (Ende 1908) auf 1791 am Schlusse des Jahres 1909 gehoben; während die Steigerung der zahlenden Mitglieder von 1185 auf 1623 ein noch erfreulicherer Bild entrollt. Sämtliche Filialen, mit Ausnahme von Wiesbaden, haben an dieser Aufwärtsbewegung teilgenommen. Als erfreuliche Tatsache könne es bezeichnend werden, daß gerade die zahlenden Mitglieder relativ am meisten, 438 = 36,97 Proz., zugenommen haben, während die buchmäßigen nur eine Zunahme von 284 = 18,8 Proz. aufzuweisen haben. Von den buchmäßigen sind 90,47 Proz. zahlende Mitglieder. Auch die Massenverhältnisse haben sich bedeutend gebessert. Ein trauriger Mißstand ist noch die ungemene große Fluktuation. Ganz besonders stark trat sie in Frankfurt in Erscheinung. Die Lohnbewegungen im verfloffenen Jahre waren in Aschaffenburg und Frankfurt von gutem Erfolg begleitet. In Mainz fand eine glatte Ablehnung aller Forderungen statt, während in mehreren anderen Orten des Gaues eine endgültige Erledigung unserer Forderungen noch nicht zu verzeichnen ist. In Sitzungen und Versammlungen nahm der Gauleiter im verfloffenen Jahre in Aschaffenburg 17, in Frankfurt 172, in Gießen 13, in Hanau 13, in Mainz 32, in Offenbach 34, in Wehlar 5 und in Wiesbaden 28 mal teil. Aus diesen Feststellungen ist ersichtlich, daß Frankfurt allein 51 Proz. der Tätigkeit des Gauleiters für sich beanspruchte. Diesem Umstand sei es auch zuzuschreiben, daß die anderen Filialen etwas stiefmütterlich behandelt worden sind. Dieser unhaltbare Zustand müsse für die Zukunft verschwinden. Es sei das auch deshalb unabwendbar, weil dem großen noch vorhandenem Ausbreitungsgebiet mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. — In der anschließenden Diskussion tritt Kollege Klein-Mainz dafür ein, daß Frankfurt sich einen Ortsbeamten anstelle. Kollege Weber - Wiesbaden schildert die trostlosen Zustände in seiner Filiale, wo ein sofortiges Eingreifen erforderlich sei. Kollege Gotta - Offenbach wünscht Ausbildungskurse abzuhalten, um so Kollegen auszubilden, welche mehr selbständig die Agitation in den Filialen leiten können. In der weiteren Diskussion wird allseits betont, daß auf Grund der geschilderten Umstände in Wiesbaden ein sofortiges Eingreifen notwendig sei. Auch müsse die Entlastung des Gaubeamten in irgend welcher Weise gefördert werden, um die Arbeitskraft derselben mehr für den Gau zu haben. S c h n e i d e r -Frankfurt erklärt, daß sich der Filialvorstand umgehend noch einmal mit der Ortsbeamtenfrage beschäftigen werde, um dem hier geäußerten Wünsche Rechnung zu tragen. Durch diese Erklärung wurden die Anträge Aschaffenburg und Wiesbaden, welche eine Beschlusfassung über die Entlastung herbeigeführt wissen wollten, als erledigt betrachtet. Der Antrag Gießen, einen Austausch von Mitgliedern mit dem Transportarbeiterverband herbeizuführen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Aschaffenburg, die Gaufonferenz jedesmal in einer anderen Filiale abzuhalten. Nach der Mittags-

pause referierte der Kollege Kiebel, Berlin über: Die zukünftige Agitation. In eingehender Weise legte Redner die bei der Agitation in Erscheinung tretenden Momente dar. Niemals könne die Agitation nach einem bestimmten Schema behandelt werden, sondern man müsse den jeweiligen örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Das Hauptgewicht müsse auf die Kleinarbeit gelegt werden. Dabei komme es aber im wesentlichen nur auf die Mitarbeit aller Kollegen an. Mit der bloßen Beitragsleistung sind noch lange nicht alle Pflichten erfüllt, sondern jeder müsse Agitator sein. Das Vertrauensmännersystem sei auszubauen. Auch die Hausagitation diene als gutes Mittel, wenn die richtigen Kollegen dazu verwandt werden. Es dürfte sich auch empfehlen, Lehrkurse abzuhalten, denn viele Kräfte schlummern noch im verborgenen. Ganz besonders müsse die gewerkschaftliche Indifferenz, die noch unter den Mitgliedern zu finden sei, bekämpft werden. — In der Diskussion hierzu wurde den Ausführungen allseits zugestimmt. — Zum Antrag Offenbach, statistische Erhebungen im Gau zu veranlassen, wurde dem Gauleiter überlassen, einen Fragebogen auszuarbeiten. Als Ort der nächsten Gaukonferenz wurde Nischaffenburg gewählt. Hierauf schloß der Vorsitzende, Kollege Schneider, die Konferenz gegen 5 Uhr mit einem kräftigen Appell an die Delegierten, man möge die empfangenen Anregungen in den Filialen verwerten und im Sinne der gefassten Beschlüsse handeln.

Vorred. Der „Eisener Arb.-Ztg.“ entnehmen wir folgendes Eingekandt: „Der Anfangslohn eines Gemeindegewerksarbeiters beträgt hierorts durchschnittlich 2 Mark pro Tag, in einzelnen Fällen auch noch weniger. Ganz außergewöhnlich kommt es auch vor, daß 25–30 Pf. mehr an Anfangslohn gezahlt werden. Die älteren Arbeiter der Gemeinde, welche zum Teil auch noch Reichsinvaliden sind, erhalten bis zu 2,75 Mk. pro Tag. Ein Unterschied zwischen einem Reichsinvaliden und einem jüngeren anderen Invaliden wird hier nicht gemacht; entscheidend ist nur das Dienstalter in der Gemeinde Vorred. Wird ein Arbeiter bei der Gemeinde um Arbeit vorstellig, dann muß derselbe, bevor er definitiv angenommen wird, einen Knebers unterschreiben, laut welchem er sich von der Krankenversicherungspflicht befreien läßt. Verweigert er diese Unterschrift, ist es auch mit der Annahme zur Arbeit Essig. Da heißt es also für den armen Proleten: „Vogel friß, oder stirb.“ Was diese Maßnahme für einen armen, mit zahlreicher Familie geeigneten Arbeiter im Krankheitsfall bedeuten kann, mag sich der Leser selbst ausmalen. — Begründet wird diese Handlungsweise damit, daß der gezahlte Lohn zur Krankenversicherung zu niedrig sei bezw. das etwa zu zahlende Krankengeld den Lohn übersteigen oder doch gleichkommen würde. — Kommt ein Gemeindegewerksarbeiter durch Zufall aber in den Bezug eines höheren Lohnes (z. B. als Vorarbeiter mit einer eigenen Kolonne usw.), etwa 3 Mk. pro Tag, fluss wird er, und zwar ungefragt, bei der Ortskrankenkasse als Mitglied angemeldet und die Beiträge vom Lohn in Abzug gebracht. Also, alles in allem genommen, ist es kein beneidenswertes Los, Kommunalarbeiter der Gemeinde Vorred zu sein.“ — Es ist nach dieser Schilderung wahrlich an der Zeit, daß die Kollegen in Vorred sich um unsere Organisation scharen, denn sonst wirds noch lange dauern, ehe dort Wandel geschaffen wird.

Bielein. Die letzte Mitgliederversammlung vom 2. April hörte zunächst einen sehr interessanten Vortrag des Kollegen Preißler, Dresden über die neue Reichsversicherungsordnung. Dann gab der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal bekannt. Daran ist zu ersehen, daß sich die Mitgliederzahl nicht verändert hat; sie beträgt 19. Der Kassierer mußte leider berichten, daß einige Mitglieder recht säumige Beitragszahler sind, obgleich auch sie genau so wie die anderen Kollegen immer in Arbeit standen. Der Vorstand wurde beauftragt, diese säumigen Mitglieder ernstlich an ihre Pflicht zu erinnern, damit sie ihrer Mitgliedschaft nicht verlustig gehen. Im „Verschiedenen“ wurden die gegenwärtigen Verhältnisse im Gaswerk zur Sprache gebracht und bedauert, daß so wenig Solidarität zu finden sei. Nur durch einmütiges Zusammenhalten können wir vorwärts kommen.

Mannheim. Mit großem Interesse sind in diesem Jahre die städtischen Arbeiter den Budgetberatungen im Rathaus gefolgt. Die sozialdemokratische Fraktion hatte u. a. eine Resolution eingebracht, welche wünscht, daß den städtischen Arbeitern eine Teuerungszulage von 20 Pf. gewährt wird. Der liberale Stadtv. Pender erklärte hierzu: Die städtischen Arbeiter seien sehr gut, ja reichlich bezahlt. Die Abstimmung ergab dann die Ablehnung der Resolution. Bei dieser Gelegenheit kamen auch die Lohnverhältnisse der Straßenbahner zur Sprache. Herr Pender behauptete wiederum, daß die Straßenbahner in Mannheim „die besten Löhne und die kürzeste Arbeitszeit“ haben; Aufgabe des Stadtrates sei es, hier einen billigen Ausgleich zu finden. Die Straßenbahner sind der Meinung, daß damit nichts anderes zu verstehen sei, als ein Fingerzeig, an den Arbeitslöhnen zu sparen. Diese Ereignisse gaben nun den beiden hier in Frage kommenden Organisationen Veranlassung, eine Protestversammlung abzuhalten, die am 1. April stattfand, mit der Tagesordnung: „Die Teuerungszulage der städtischen Arbeiter und die Löhne der Straßenbahner vor dem

Bürgeranschuß.“ Als erster Referent wies Kollege Sedemann nach, wie wenig das Motto unseres Verbandsorgans von dem Stadtverwaltungen befolgt wird. An Hand reichen Materials widerlegte er die Behauptung, die Löhne in der Privatindustrie seien niedriger als die der städtischen Arbeiter. Er führte auch eine Reihe Städte an, die ihre Arbeiter besser entlohnen als es in Mannheim der Fall ist. Dabei muß noch betont werden, daß hier die Lebensverhältnisse nahezu am teuersten sind. Die gesorderte Teuerungszulage von 20 Pf. ist durchaus gerechtfertigt und die schlechte Finanzlage der Stadt darf kein Grund sein, sie abzuwehren. Unter gleichen Verhältnissen hat die Stadtverwaltung Stuttgart ihren Arbeitern eine Lohnzulage gewährt. Unter bezauberndem Beifall schloß der Redner seine Ausführungen mit dem Appell, die Organisation auszubauen und sich auch politisch zu organisieren. — Genosse Richter referierte alsdann über die Lage der Straßenbahner und betonte, diese Kollegen müßten mit den übrigen Arbeitern der Stadt gemeinsame Sache machen. In der Diskussion erklärte Stadtv. Levi, die sozialdemokratische Fraktion wird alles daransetzen, daß die gestellten Forderungen erfüllt werden. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige, von über 700 Personen besuchte öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter und Straßenbahner erklärte sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Sie protestiert gegen die Ablehnung der Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter und gegen die Ausführungen einzelner Redner bei der städtischen Voranschlagsberatung, nach denen die Löhne der städtischen Arbeiter und Straßenbahner „gut, ja reichlich“ seien und über die Löhne der Arbeiter in anderen Städten hinausgingen. Die Versammelten sind von der Unrichtigkeit dieser Ausführungen überzeugt und erwarten vom Stadtrat, trotz des entgegenstehenden Beschlusses, die baldige Genehmigung der Teuerungszulage.“

Birma. In der Mitgliederversammlung vom 1. April hielt zunächst Kollege Preißler, Dresden einen interessanten Vortrag über: „Wissenswertes über die Arbeiterversicherungs-gesetze“. Dann erfolgte die Abrechnung vom 1. Quartal zur Vorlegung. Leider ergab sich hierbei, daß die Mitgliederzahl der Filiale etwas zurückgegangen ist; sie beträgt jetzt 15. Der Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß sich die Mitgliedschaft der hiesigen Filiale bisher nur auf das Gaswerk erstreckte und hier wie auch anderwärts im Frühjahr Arbeiter überzählig werden. Und weißt ist ja mit dem Wechsel des Arbeitsverhältnisses auch ein Wechsel der Verbandszugehörigkeit verbunden. Es muß nun Aufgabe der Kollegen sein, den Verlust an Mitgliedern wieder auszugleichen, denn noch steht uns das Stadtbauamt fern. Im „Verschiedenen“ kam zur Sprache, daß die erneute Eingabe der Laternenwärter wieder abschend befriedigen wurde. Der Stadtrat stellt sich nach wie vor auf den Standpunkt, daß die Laternenwärter nur durchschnittlich täglich fünf Stunden Arbeit hätten und dafür wäre die gegenwärtige Bezahlung völlig ausreichend. Die Laternenwärter werden jetzt eine genaue Statistik führen, wie lange sie jeden Tag mit der Bedienung und Instandhaltung der Laternen zu tun haben, um so dem Stadtrat den Beweis zu liefern, daß ihre jetzige Bezahlung eben nicht ausreichend ist.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Der Metallarbeiterverband hat einen stärkeren Aufschwung in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 genommen. Im neuen Jahre aber gehts weiter rapide aufwärts. Die Auflage der „Metallarbeiterzeitung“, die vor 8 Tagen 400 000 betrug, erhöhte sich in einer Woche schon wieder um 6000. Daran ist die rapide Mitgliederzunahme erkenntlich; hatte doch die Berliner Zahlstelle allein im Monat Februar d. J. rund 3000 Mitgliederzunahmen zu verzeichnen. Die erste Hälfte des Jahres 1909 aber zeigte noch eine schwer auf die Metallindustrie lastende industrielle Depression. Es wurden im 1. Quartal v. J. allein 1 300 000 Mk. und im zweiten Quartal noch 900 000 Mk. für Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Beinahe 104 000 Personen traten im Jahre dem Verbands bei; am Jahresluß betrug die effektive Mitgliederzunahme jedoch nur 11 276. Die Mitgliederzahl betrug 373 349, darunter befinden sich 15 548 weibliche und 7560 jugendliche Mitglieder. Der Verband zählte 448 Verwaltungsstellen. Die Einnahmen für die Hauptklasse stiegen um zirka 200 000 Mk.; sie betragen 10 383 507 Mk. Die Ausgaben für Unterstühtungen verringerten sich um rund 350 000 Mk. Die Arbeitslosenunterstützung erhöhte sich um 162 680 Mark gegenüber dem Vorjahre, während die Streikunterstützung sich um 230 218 Mk. verringerte. Für Unterstühtungen insgesamt wurden rund 7 606 000 Mk. verausgabt. Bei diesen kolossalen Ausprüchen an die Hauptkasse, besonders durch die Leistungen in der Reihe, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, verminderte sich das Vermögen der Hauptklasse zwar noch um 100 000 Mk. — eine Verminderung, die in diesem Jahre schon mehr als ausgleichend ist —, das Gesamtvermögen des Verbandes ist aber durch die größeren Bestände in den Vorkassen unzweifelhaft gestiegen; nähere Angaben liegen zurzeit darüber noch nicht vor. So zeigt der größte deutsche Zentralverband eine Erholung von den Gemütern der letzten großen industriellen Krise.

Die Tarifbewegung im Holzgewerbe ist nach wochenlangen Verhandlungen der Zentralvorstände der Unternehmer und Arbeiter unter Einziehung von Vertrauensleuten beider Parteien endlich für alle in Frage kommenden Orte zu Ende geführt worden.

Der Fabrikarbeiterverband kann nach dem Zurückgehen der industriellen Krise von einer stottern organisatorischen Fortwärtbewegung berichten. Die beiden ersten Monate dieses Jahres brachte dem Verbands einen Zuwachs von rund 5000 Mitgliedern, der Monat März allein dieselbe Zahl. Am Schluß des ersten Jahresfünftes seit Gründung des Verbandes waren erst wenig über 5000 Mitglieder gewonnen, am Schluß des zweiten waren es schon fast 25 000, am Schluß des dritten mehr als 50 000 und heute, kurz vor Abschluß des vierten Jahresfünftes zählt die Organisation 150 000 Mitglieder. Doch ein großes, unbeendertes Feld bietet sich dem Verbands noch zu organisatorischer Auflockerung. Baren doch nach der letzten Volkszählung in Biegeleien, Zement-, Gips- und Kalkfabriken 283 569 Hilfsarbeiter beschäftigt; in der chemischen Industrie, einschließlich der Seifen- und Zellfabriken 162 022, in Papierfabriken 89 874, in Juckerfabriken 29 606 und in Gummi- und Linoleumfabriken 23 210 Arbeiter. Das sind rund 600 000 Arbeiter in den Industriezweigen, aus denen sich die Mitglieder des Verbandes hauptsächlich rekrutieren. Aus Anlaß dieser nun erreichten hohen Mitgliederzahl erscheint „Der Proletarier“ in doppelter Auflage als Agitationsnummer ausgestattet.

Der Mühlenarbeiterverband zählte am Schluß des Jahres 1900 4482 Mitglieder gegen 4341 im Jahre vorher. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 112 250,15 Mk. (1905: 108 612,59 Mk.). Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 87 893,14 Mk. (85 040,20 Mk.). Die Gesamtausgaben der Hauptkasse betragen 76 478,30 Mk. (75 120,19 Mk.), so daß der Kassendebitor der Hauptkasse sich um rund 11 000 Mk. auf insgesamt 74 668,13 Mk. vermehrte. Der Verband steht im Begriff, sich entweder mit dem Verbands der Brauereiarbeiter oder dem der Bäcker und Konditoren zu verschmelzen, um dadurch größere Agitationsmöglichkeiten zu bekommen.

Der Verband der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften hatte nach dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht seit der am 1. Juli 1908 erfolgten Verschmelzung eine erfreuliche Entwicklung. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 4234 am 1. Juli 1908 auf 5109 am 31. Dezember 1909. Die Einnahmen des Verbandes beliefen sich in diesem Zeitraum auf 113 841,71 Mk., darunter 90 239,22 Mk. aus Beiträgen. Die Ausgaben betragen 99 009,10 Mk. Darunter befinden sich 28 089,87 Mk. für Unterstützungen (darunter 15 886,11 Mk. Krankenunterstützungen, 5245,86 Mk. Arbeitslosenunterstützung, 3630 Mk. Sterbegeld) und 34 969,38 Mk. für die beiden Verbandszeitschriften. Das Vermögen steigerte sich von 30 745,56 Mk. auf 46 128,93 Mk. Ebenso hat sich die Pensionskasse des Verbandes — Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisen-Unterstützungskasse — trotz ihres salutarischen Charakters sehr gut entwickelt. Die Kasse wurde am 1. Oktober 1908 ins Leben gerufen und ist bisher auf 1261 Mitglieder gestiegen, während ein Vermögen von 69 431,99 Mk. angesammelt wurde.

Die freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (Lokalisten) hielt während der Oportage ihren 9. Kongreß in Berlin ab. Das arg zusammengeschmolzene Häuflein kann anscheinend nicht leben und sterben. Kater gab den Geschäftsbericht, aus dem ebenso wenig wie aus dem Kassendebitor die jehige Mitgliederzahl ersichtlich ist. Man will also seine Schwäche nicht verraten. Daß die Geschichte aber trübe aussieht, beweist schon die zuerst angenommene Resolution, welche den säumigen Zahlern den Ausschluß androht. Die nach dem 1. September 1910 fehlenden Gelder sollen durch Umlageverfahren aufgebracht werden. Nach Wiederaufrichtung des „Programms“ wurde eine recht „zentralistisch“ anmutende Resolution zur Streikunterstützung angenommen. Eine weitere Resolution spricht sich gegen die Arbeitslosenunterstützung aus, „weil die Arbeiterschaft mit gutem Recht zu fordern hat, daß die Gesellschaft für die Opfer ihres Wirtschaftssystems zu sorgen hat.“ Die heisse Sehnsucht der Lokalisten nach einer Tagespresse ist noch immer nicht gestillt, auch zurzeit sind „nicht genügend Mittel“ hierfür vorhanden, wie eine weitere Resolution feststellt. Nach einem Referat Riegers kam die 5. Resolution an die Reihe (Sozialpolitik und Klassenkampf). Weitere 2 Resolutionen folgten gegen Tarifverträge; endlich will man sich am politischen Massenstreik beteiligen, „um so den Gedanken des Generalstreiks weitere Anhänger zu gewinnen“. Damit war die Resolutionsflut erschöpft. Die ganze Tagung ergab keinerlei neue Momente. Es scheint als wenn die letzten Lokalisten-Überbleibsel an Marasmus senilis (greifendster Schwäche) zugrunde gehen werden. Das wäre kein schlechtes Zeichen für den gesunden Sinn der deutschen organisierten Arbeiter. Denn zielklar und leistungsfähig sind nur die freien Zentralverbände.

Verbandstage und Kongresse.

Die achte Generalversammlung der Steinhewer usw. tagte vom 26. bis 29. März in Köln. Es waren

96 Delegierte anwesend. Als Vertreter unseres Verbandes war Kollege Schäfer-Köln vom Verbandsvorstand delegiert. Erstrecklicherweise kam es diesmal zu keinerlei Auseinandersetzungen, was zu allerdings auch keine Veranlassung vorlag. Bezüglich der Verschmelzungsfrage wurde eine Resolution angenommen, die sich prinzipiell für den Zusammenschluß mit einer Bruderorganisation ausspricht und diesbezügliche Aufklärung der Mitglieder bis zum nächsten Verbandstag fordert. Nach ausgedehnten, aber sachlichen Debatten über den Geschäftsbericht, Sachorgan usw. wurde alsdann die Reichsversicherungordnung behandelt; weiter gelangten die Lohnkämpfe in geschlossener Sitzung zur Verhandlung. Der Antrag des Zentralvorstandes, „die Beitragspflicht auf das ganze Jahr auszudehnen“ (soweit nicht Arbeitslosigkeit nachgewiesen), wurde angenommen und damit zweifelsobne eine bedeutende finanzielle Stärkung erzielt, da weitere Unterstützungseinrichtungen nicht eingeführt worden sind. Die bisherigen Vorstandsbeamten wurden wiedergewählt.

Vom 4. bis 5. April fanden die außerordentlichen Verbandstage der Zimmerer, Maurer, Bauhilfsarbeiter und christlichen Bauarbeiter in Berlin statt. Es handelte sich in der Hauptsache um die Beschlußfassung über den bevorstehenden Kampf im Baugewerbe, über den wir an anderer Stelle berichten. Aus den Verhandlungen der Bauarbeiter ist neben der aufgeführten Resolution noch hervorzuheben: Von den in Arbeit verbleibenden Mitgliedern werden neben den ordentlichen Beiträgen pro Tag je nach der Höhe des Stundenlohnes 10 Pf. bis 1 Mk. an Kampfessteuer erhoben. Diese Steuer ist wöchentlich zu zahlen, sie wird auf besonderen Legitimationskarten durch Karten quittiert. Unterstützung wird für die ersten zwei Wochen nicht gezahlt. Die Verbandsangestellten teilen mit, daß sie für diese Zeit auf ihr Gehalt verzichten und für den weiteren Verlauf des Kampfes 25 Proz. des Gehalts an die Streikkasse abführen. Die während des Kampfes beitretenden Berufsangehörigen erhalten eine Unterstützung, wenn sie die Beiträge ab 1. April nachzahlen. Die wöchentliche Unterstützung richtet sich teils nach der Höhe der Beiträge, teils nach der Dauer der Mitgliedschaft. Sie beträgt 7 bis 18 Mk. wöchentlich für verheiratete und 6 bis 18 Mk. für unverheiratete Mitglieder. In einer Resolution, die einstimmig Annahme fand, wurde den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, während der Dauer der Bewegung auf jeglichen Alkoholgenuß zu verzichten. Es wird Fürsorge getroffen werden, daß allort in den Kontrolllokalen keinerlei Trinkzwang besteht. Es wurde ferner mitgeteilt, daß zwischen den vier Organisationen (Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter und christliche Bauhandwerker) vereinbart ist, keinerlei Uebertritte aus einer Organisation in die andere während der Dauer der Bewegung zuzulassen; es wird erwartet, daß alle übrigen Verbände, die Bauarbeiter als Mitglieder haben, die Unterstützung, Karenzzeit usw. ebenso einrichten, wie die den Kampf führenden Organisationen, sowie daß Uebertritte aus den Bauarbeiterverbänden nicht anerkannt werden, wenn nicht tatsächlich Berufswechsel vorliegt. — Auch die Zimmerer und christlichen Bauarbeiter haben fast gleichlautende Beschlüsse gefaßt, so daß also ein einheitlicher Abwehrkampf geführt werden kann.

Der siebente Verbandstag der Kupferschmiedes tagte vom 28. März bis 2. April in Mannheim. Die Debatten bezogen sich hauptsächlich um einige Änderungen der Statuten. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Die Verschmelzungsfrage mit dem Metallarbeiterverband hat leider noch keine rechte Anhängerzahl unter den Mitgliedern. So werden diese 4000 auch fernerhin getrennt marschieren.

Gerichts-Zeitung

Aufhändigkeit der Gewerbegerichte für die Arbeiter Räßlicher Wasserwerke. Dem „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 9/10 entnehmen wir die nachstehenden neuen Entschiede: 1. Dem von der Berliner Stadtgemeinde erhobenen Einwand der Unzuständigkeit des Gewerbegerichts konnte nicht stattgegeben werden. Es ist anzuerkennen, daß die Gründe, aus denen die Wasserwerke errichtet wurden, im wesentlichen hygienischer und humanitärer Natur waren. Die Stadt Berlin wollte ihre Bürger mit einwandfreiem Trinkwasser versorgen. Der Betrieb der Wasserwerke erfolgt aber nach kaufmännischen Grundfäden und geschieht auch in der Weise, daß daraus jährlich ein ziemlich erheblicher Gewinn erzielt wird. Die Mehrheit des Gerichts ist infolgedessen der Ansicht, daß, wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß die Wasserwerke mit allgemein hygienische Zwecke haben, doch ihr Betrieb im wesentlichen gewerblicher Natur ist. Daraus folgt, daß auf das Arbeitsverhältnis der Kläger die Gewerbeordnung Anwendung findet und daß für den vorliegenden Rechtsstreit das Gewerbegericht zuständig ist. (Kammer 8 vom 18. März 1909.)

II. Die Bedenken des Beklagten gegen die Aufhändigkeit des Gewerbegerichts waren nicht anzuerkennen. Die Berliner Wasserwerke sind ein auf ständigen Erwerb gerichteter Betrieb — sie werfen bei einer Einnahme von 9 bis 10 Millionen Mk. jährlich gegen

3 Millionen Mk. Ueberschüsse ab — und mithin ein Gewerbebetrieb. Die vorliegenden Streitigkeiten sind daher gewerbliche im Sinne des § 1 G.-G. (Kammer 3 vom 21. April 1900). — Hier ist zur Abwechslung gewissermaßen wieder einmal in unserer Mitte entschieden worden. Wann wird endlich die Gesetzgebung Klarheit schaffen und die schwankenden Rechtsbegriffe definitiv festlegen, indem alle städtischen Betriebe der G.-D. unterstellt werden?

Rundschau

Der Wahlrechtskampf in Preußen nimmt immer gewaltigere Dimensionen an. Besonders aber wird der Sonntag, der 10. April, allen Teilnehmern der machtvollsten Demonstration, die Preußen je gesehen hat, in ewiger Erinnerung bleiben. Nach langem Drehen und Winden hat sich v. Jagow, der „unsterbliche“ Berliner Polizeipräsident, dazu verstanden, zunächst den bürgerlichen Demokraten, sodann in unbeabsichtigter Konsequenz dessen auch den Sozialdemokraten die großen Parks in Treptow, Humboldthain und Friedrichshain freizugeben. Ohne alle Polizei, einzig durch die selbstgestellten Ordner vollzog sich der glänzende Aufmarsch von nahezu einer Dierelmillion Wahlrechtsdemonstranten in Berlin. Allein auf dem Treptower Gelände standen 120—150 000 Menschen Kopf an Kopf auf der großen Wiese und lauschten den begeisterten Reden der Referenten, die von zehn Tribünen zu den einzelnen Gruppen der Manifestanten sprachen. Näherlich ein Bild, wie es ähnlich imposant überhaupt noch nicht in Berlin zu verzeichnen war. Dieses Riesentreffen, diese Hunderttausende, erfüllt von dem einen Gedanken: „Her mit einem freien, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht in Preußen!“ kann und wird nicht wirkungslos bleiben. Mögen die blauschwarzen Blodbrüder im preussischen Abgeordnetenhaus verstandlos diesen Vorgängen gegenüberstehen, es gibt außer dem parlamentarischen Weg sicher andere Wege, um Junkertum, Regierung und Zentrumsstilleisei zu zwingen, endlich den geplanten „Wahlreform“-Plunder über den Haufen zu werfen. Es ist eigentlich überflüssig, noch einmal herborzuheben: Wo keine Polizei, da kein Standa!, keine Störung der öffentlichen „Ordnung“! Auch der Aufmarsch der Hunderttausende vollzog sich musterhaft und bewies, daß ohne Polizei alle Schwierigkeiten glücklich gelöst werden, wenn der geeinte Wille aller vorhanden ist. Die Berliner Demonstration vom 10. April 1910 darf als der Höhepunkt unserer bisherigen Wahlrechtsbewegung bezeichnet werden. — Aber auch in der Provinz, in Brandenburg, Sachsen, Schlesien, Ost- und Westpreußen, Pommern usw. fanden große Demonstrationssammlungen statt, die zum Teil im Freien abgehalten werden mußten, um den Zehntausenden die Teilnahme zu ermöglichen. Die preussische Regierung muß also schon mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie wähnt, dieser Bewegung Herr zu werden. Nein, der Kampf ist jetzt in ein neues Stadium eingetreten und darf nicht eher als beendet gelten, bis auch in Preußen das politische Mitbestimmungsrecht für die arbeitenden Klassen gesichert ist.

Die Amtsniederlegung der Berliner Arbeiterschüsse ist augenscheinlich dem Magistrat doch etwas an die Nerven gegangen. Schon der Umstand, daß das magistratsamtliche Nachrichtenbureau am Tage nach dem gefassten Beschluß den bürgerlichen Blättern eine „Berichtigung“ zugehen ließ, die inhaltlich wie stillförmig ein Ultimatum war, läßt auf eine gewisse nervöse Gereiztheit schließen. Der „Vorwärts“ hat in einem Artikel bereits darauf geantwortet und eine kleine Auslese gegeben von den zahllosen Fällen, wo Ausschüsse oder Ausschußmitglieder in herabsetzender Weise behandelt worden sind. Wir haben wiederholt solche Fälle hier vorgebracht, weshalb sich eine Wiederholung erübrigt. Aber das eine muß doch noch betont werden: Die eingesetzte Unterkommission hat alle Veranlassung, sich eines Besseren zu bemerken und endlich eine Lohnerhöhung zu bewilligen, denn daß die städtischen Arbeiter Berlins sich die fortgesetzte Zurücksetzung auf die Dauer gefallen lassen, glauben doch wohl die Herren selbst nicht. Und daß die provozierenden Worte des Stadtkammerers nicht dazu angetan sind, die Arbeiter „zufrieden“ zu machen, dürfte nachgerade jedem einleuchten. So werden die Herren sich wohl oder übel noch einmal an den grünen Tisch setzen müssen und die Arbeiterfrage trotz Rettig, Steiniger und Kampnani von einem anderen Gesichtspunkt zu behandeln haben wie bisher.

Kommunalpolitik und Sozialdemokratie. Der Neubürgerverband sucht neuerdings auch auf kommunalpolitischem Gebiet seinen abgestandenen Schwundel an den Mann zu bringen. So hat er ein Buch herausgegeben, in dem auch von unserer Organisation die Rede ist. Daß bereits der vierte Teil der Gemeindefürsorge seiner Organisationspflicht genügt hat, ist dem Reichsverbande ein trübes Symptom für die künftige Entwicklung der

deutschen Städte (Seite 161). Den Gemeinden wird auf Seite 175 der menschenfreundliche Rat gegeben, der Erweiterung der Befugnisse der Arbeiterschüsse, wo nun einmal solche eingesetzt sind, sich entschieden zu widersetzen. Nicht minder menschenfreundlich ist folgende auf Seite 185 gegebene Warnung vor anständigen Lohnstandslohnen: „Werden aber die Lohnstandslohne in einer Höhe gehalten und bezahlt, die den ortsüblichen Löhnen fast gleichkommt, so ergibt sich die Wirkung, daß die Löhne künstlich hochgehalten werden und dadurch der Lohnarbeitsmarkt gehindert wird, sich der Konjunktur anzupassen.“ — Bislang waren verschiedene Unternehmergruppen (wie z. B. in Mannheim) eifrig bemüht, den „Ruin der Privatindustrie“ an die Wand zu malen, falls die Kommunen anständige Löhne zahlen, jetzt ist der Reichsverband mit einem neuen „Schlager“ herausgerückt: die „künstlich hochgehaltenen Löhne“. Damit attestieren diese Leute uns ungewollt das Wirken unserer Organisation! Wohlan, können wir ihnen das Vergnügen. Wir werden jedenfalls allen Gelüften nach niedriger gehaltenen Löhnen usw. energisch entgegenzutreten.

Durch Erlass des Ministers für öffentliche Arbeiten ist eine Erhöhung der Belohnungen, die den langjährig beschäftigten Eisenbahnarbeitern gewährt werden, folgendermaßen verfügt worden: Für 25., 30. und 35jährige Dienstzeit um je 20 auf 50, 60 und 80 Mk., für 40jährige von 80 auf 100 Mk., für 45jährige von 100 auf 200 Mk. und für 50jährige von 150 auf 300 Mk. Demjenigen Arbeitern, die am Tage des Erlasses (13. März 1910) und später einen der vorgenannten Beschäftigungszeiträume beendet haben, sind die Zulagen bezw. Belohnungen nach den neuen Sätzen zu bewilligen. Wir sind der Meinung, den preussischen Staatsproletariern wäre durch Erhöhung der Anfangslöhne besser gedient, anstatt durch solche Dienstalterprämien, die nur ganz vereinzelt zur Auszahlung gelangen. Ob überhaupt 70jährige Eisenbahnarbeiter (für den höchsten Prämienfuß) vorhanden sind, darf billig bezweifelt werden.

Wie der Schnapsbohloft wirkt. In dem Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller für das Jahr 1909 heißt es über die wirtschaftliche Lage der einzelnen Erwerbszweige im Jahre 1909 im Abschnitt Spirituosenbranche: „Naturgemäß ist der Umsatz vor Eintritt der Branntweinsteuererhöhung gewesen, und dann kam der Rückschlag. Unsere ganze Branche liegt danieder, und der Konsumrückgang, der bei einer Steuererhöhung von 70 Mk. im Jahre 1887/90 Proz. betragen hatte, belief sich im Jahre 1909 auf circa 40 Proz. Vor allem hat der Bohloft seitens der sozialdemokratischen Partei und enorme Schädigungen zugefügt. Das Privatmonopol der Branntweinbrenner ist durch die neue Gesetzgebung gefährdet worden, und es ist daher bei dem Konsumrückgang stets mit hohen Rohstoffpreisen zu rechnen. Ein gewisser Ausgleich ist für unsere Branche im vergangenen Jahre dadurch erzielt worden, daß der Konsum an Fruchtäpfeln und Fruchtfabrikaten bedeutend zugenommen hat. Die Entwicklung des Geschäfts in den beiden ersten Monaten 1910 war für die Spirituosenbranche wenig erfreulich. Es hat sich nicht nur die erhöhte Branntweinsteuer und der seitens der Sozialdemokratie proklamierte Spirituosenbohloft weiter geltend gemacht, auch der milde Winter hat das Seinige dazu getan, den Verbrauch an Spirituosen in sehr engen Grenzen zu halten.“ — Die Schnapsjunken haben — mit Blut im Herzen — über den Schnapsbohloft höhnisch zu spotten versucht. Das Spotten wird ihnen noch vergehen, wenn unsere Kollegen überall den Schnapsbohloft nachdrücklich fortsetzen und weitere Kreise für ihn gewinnen.

Aus den Berichten preussischer Fabrikinspektoren. In den ersten Tagen des April sind die Jahresberichte der preussischen Gewerbeinspektoren herausgekommen. Sie mißten noch aller Gewohnheit anders an als die Berichte der süddeutschen Beamten. Während ein Wörtschöffer keinen Anstand nahm, den Unternehmern ohne Scheu die Wahrheit zu sagen, und auch die heftigsten Verichte sich hier und da durch einen gewissen Freimuth in der Anerkennung der Arbeiterbestrebungen hervorhoben, gebietet die preussische Eigenart auch in diesem Falle, den Arbeitgebern beileibe nicht wehe zu tun und von den Arbeiterorganisationen im besten Falle möglichst wenig Aufhebens zu machen. Wie kann es auch anders sein in einem Staatswesen, das nicht nur die politischen, sondern auch die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft traditionell bis aufs Messer bekämpft? Die Unterdrückung aller selbständigen Koalitionsbestrebungen unter dem Sozialistengesetz, der Puttlamerische Streikerlaß von 1898, der Zuchtanstalters am Ende der neunziger Jahre und auch später alle gesetzgeberischen Verwaltungsmassnahmen legen Zeugnis ab von dem Ingrimm, mit dem das alte Preudentum auch die Gewerkschaften in Grund und Boden vernichten möchte, wenn es dazu imstande wäre, und die Arbeiterschaft im Kampf mit der Regierung sich nicht als die härtere Macht bewährt hätte. So muß man denn in Preußen lauernd die proletarischen Bestrebungen gelten lassen; aber unter dem auf seinen Untergang hinarbeitenden Regierungsprinzip hat selbstverständlich auch der Teil der Gewerbeinspektoren zu leiden, der über das maßgebende Urteilbiertum die Wahrheit verkünden möchte. Schwächern nur wagen sich in den einzelnen Berichten die Neuerungen ans Licht, die eine Verurteilung ausbeuterischer Rücksichtslosigkeit

oder gar eine Verdammung der agrarischen Steuerpolitik enthalten; schließlich noch treten die vereinzelter Anerkennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit hervor. Für unsere Kollegen besond. r. s. interessant ist ein Bericht des Gewerberats Sad in Königsberg, der die günstige Wirkung der von den Arbeitern erstrittenen Achtstunden s. c. h. t. konstatiert: „Einen unerwartet günstigen Einfluss auf das Familienleben mancher Arbeiter, so wird aus Königsberg berichtet, hat in der städtischen Gasanstalt die durch Einführung der Achtstundenschicht geschaffene 16stündige Freizeit ausgeübt. Nach Schluß der Fröhschicht (2 Uhr mittags) begibt sich jetzt nicht selten an schönen Sommertagen der von Frau und Kindern begleitete Arbeiter in den ihm überlassenen Garten, um diesen zu bearbeiten und sich an Blumen und Früchten zu erfreuen. Als eine weitere bemerkenswerte Folge der Einführung der Achtstundenschichten ist ein von den Arbeitern der Gasanstalt mehrfach vorgebrachter Wunsch anzusehen, welcher die Anschaffung von Büchern bezweckt.“ — Wir möchten nur wünschen, daß die Stadtverwaltungen in Königsberg und anderswo dieses gewiß maßgebende Urteil in der Weise heberzigen, daß auch in den übrigen städtischen Betrieben eine baldige Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt wird.

Die „Produktion“ im Jahre 1909. Ein glänzender Beweis für die Widerstandsfähigkeit der genossenschaftlichen Organisation bildet der Fortschritt, den die berühmte Hamburger Konsumgenossenschaft „Produktion“ im letzten Jahre gemacht hat. Das Krisenjahr 1909, das fast allen anderen wirtschaftlichen Organisationen Mißgang oder doch Stillstand gebracht hat, brachte ihr einen Mitgliederzuwachs von 35 098 auf 41 875, also um 6777 Personen und eine Zunahme des Umsatzes von 8 041 755 auf 10 459 938 oder um 2 004 181 M. Nicht zum wenigsten verdankt die „Produktion“ diese Stabilität der ihr von weitschauenden Gründern mit auf den Weg gegebene Einrichtung, die sie befähigt, ihren Mitgliedern in Zeiten allgemeiner oder individueller wirtschaftlicher Not einen Rückhalt, eine Stütze zu bieten: den Rotfonds. Dieser Rotfonds, der durch Auffammlung der Rückvergütung jedes Mitglieds bis zur Höhe von 100 M. gebildet wird, hatte Ende 1909 die Gesamthöhe von 514 178 M. bei 15 456 beteiligten Mitgliedern erreicht. Das letzte Jahr brachte naturgemäß eine besonders starke Inanspruchnahme des Rotfonds: während 1908 nur 4308 Mitglieder insgesamt 112 704 M. erhoben, entnahmen im letzten Jahre 6642 Mitglieder insgesamt 176 943 M. Besonders beachtenswert ist die Tatsache, daß insbesondere in der Zeit der großen Bauarbeiterauspeerrung vom 6. Juli bis 21. August rund doppelt so viel Rotfondssummen und etwa anderthalb so viel Spargelder, insgesamt 222 288 M. zurückgezahlt wurden wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der erzielte Reingewinn betrug im Berichtsjahr 504 815 M. gegen 300 500 M. im Jahre 1908, d. i. ein Mehr von 52 Proz., im Vergleich zu einer Zunahme des Umsatzes um nur 26 Proz. Bilanzmäßig treten von diesem Ueberschuß freilich nur 17 255 M. in Erscheinung, weil dem seit drei Jahren geübten Gebrauch zufolge von dem Umsatz zunächst 4 Proz. als feststehender Rabatt an die Mitglieder von der Gewinnsumme abgesetzt wurden, und außerdem eine Extrabschreibung von 50 000 M. gemacht wurde. Von dem Reingewinn wurde dann den Mitgliedern eine Rückvergütung von 1 Proz. ausgeteilt, so daß die Mitglieder auf ihre Wareneinnahmen insgesamt 5 Proz. gutgebracht erhielten. Die Zahl der Genossenschafts-läden wuchs von 71 am Anfang auf 76 am Schlusse des Geschäftsjahres. Davon waren 60 allgemeine Verkaufsstellen, 12 Schlächtereien, drei Brot- und ein Grundwarenläden. Belanntlich betreibt die „Produktion“ eine große Bäckerei und eine vorzüglich gehende Schlächtereier. Die Bäckerei hatte im Berichtsjahr einen Umsatz von 1 330 000 M.; es wurden in ihr 16 640 Sack Weizen- und 17 410 Sack Roggenmehl verbacken. Außer Schwarz- und Weißbrot werden auch Konditorwaren hergestellt. Die Schlächtereier sollte sogar für 2 604 140 M. Waren um. Sie verarbeitete 12 067 Schweine, 603 Ochsen und 498 Kälber eigener Schlachtung, dazu noch für fast eine halbe Million zugekauftes Fleisch, Färme usw. Die Genossenschaft betreibt außerdem noch eine Tischlereier, eine Klempnereier und Schlossereier und hat im vergangenen Jahre eine eigene Anlage für die Herstellung von Mineralwässern und anderen alkoholhaltigen Getränken errichtet. In der Bauabteilung der „Produktion“ wurde im Berichtsjahre eine Erweiterung der Schlächtereier vorgenommen; ferner wurde ein großes Stall-, Automobil- und Werkstellengebäude sowie ein neues Wohngebäude errichtet und auf dem Zentralgrundstück der Genossenschaft der Bau eines neuen, sieben Stockwerke hohen Speichers begonnen. Die „Produktion“ besitzt nunmehr 16 Grundstücke mit 36 Gebäuden, zum größten Teil Wohngebäuden, deren Wohnungen an die Mitglieder zu erheblichen billigeren als den sonst in Hamburg üblichen Preisen vermietet sind. Alles in allem beschäftigt die Hamburger Genossenschaft ein Personal von 766 Köpfen, davon 51 in der Verwaltung, 211 in der Warenproduktion, 424 in der Warenverteilung und 80 für die Reinigung der Läden usw. Endlich seien aus der Bilanz der Genossenschaft noch einige Zahlen mitgeteilt. Die Mitgliederzahl (Geschäftsanteile) hatten am 31. Dezember 1909 die Höhe von 618 341 M. erreicht, die Spargelder die von 1 361 060 M., die verschiedenen Fonds die von 1 29 000 M. Die Grund-

stücke der Genossenschaft stehen mit 4 642 081 M. zu Buche; sie sind nur mit 1 787 000 M. Hypotheken belastet, denen übrigens auch noch eigene Hypothekenanlagen der Genossenschaft in Höhe von 1 308 030 M. gegenüberstehen.

Verbandsteil

Verichtigung. In der Zusammenstellung der Filialabrechnungen in Nr. 14 muß die Summe der Arbeitslofenunterstützungen von 50 M. im Betrage von 269,60 M. unter Franktenunterstützung gebucht werden. Dadurch ändern sich dementsprechend auch die Endzahlen.

Quittung der Hauptkasse.

Im Monat Februar gingen von Einzelmitgliedern folgende Beiträge ein:

Nr. 81 755	1,80 M.	Nr. 102 059	4,55 M.	Nr. 102 176	1,40 M.
44 445	2,45	102 060	3,50	102 178	4,55
44 470	1,00	102 061	4,55	102 188	3,50
49 452	1,00	102 072	1,—	102 200	4,55
49 463	2,—	102 075	4,90	102 215	3,—
49 464	1,40	102 081	5,50	102 225	0,35
49 465	2,—	102 091	4,20	102 228	2,—
49 466	3,05	102 095	3,50	102 236	1,80
49 467	3,40	102 098	1,75	102 237	2,75
49 468	0,80	102 100	1,25	102 238	5,—
49 469	1,30	102 102	4,55	102 239	5,05
49 177	1,80	102 116	3,50	102 240	5,05
49 178	1,00	102 119	4,55	102 241	5,05
49 179	0,90	102 120	3,15	102 242	5,40
49 180	2,10	102 121	4,55	102 243	3,50
49 181	2,10	102 126	4,55	102 244	3,50
49 182	2,10	102 129	4,55	102 245	3,50
101 285	3,50	102 137	3,50	102 246	5,05
102 013	3,50	102 138	2,80	102 247	3,50
102 016	4,55	102 139	2,—	102 248	5,05
102 018	2,—	102 141	4,20	102 249	3,50
102 025	2,50	102 142	3,—	102 250	3,50
102 032	4,55	102 143	4,80	102 251	2,10
102 035	4,20	102 146	3,85	102 252	3,50
102 039	4,20	102 152	3,25	102 253	5,05
102 051	4,20	102 156	4,55	102 264	3,50
102 052	4,55	102 165	6,65	Summa	265,75 M.

Beigleichen im März:

Nr. 3 737	3,90 M.	Nr. 49 472	1,00 M.	Nr. 102 196	4,55 M.
10 904	4,80	100 553	4,80	102 198	3,50
31 708	4,80	101 589	2,40	102 210	3,—
31 755	2,—	102 004	2,80	102 222	4,55
31 782	0,70	102 006	2,10	102 226	1,75
31 783	4,—	102 014	3,25	102 243	0,75
31 790	2,80	102 018	1,00	102 255	5,05
31 791	4,—	102 019	3,25	102 256	4,80
31 792	3,50	102 041	4,20	102 257	3,50
31 793	2,80	102 042	3,25	102 259	5,05
31 794	1,30	102 046	4,55	102 260	3,50
34 288	3,00	102 047	3,50	102 261	5,05
34 860	5,20	102 066	3,50	102 264	5,05
34 888	6,40	102 071	9,50	102 265	5,05
44 470	1,80	102 079	3,50	102 266	5,05
48 105	4,90	102 086	4,55	102 267	5,05
48 106	4,40	102 087	5,—	102 268	5,05
48 107	4,90	102 090	3,50	102 269	5,05
48 210	1,30	102 092	5,—	102 270	3,50
48 221	0,50	102 098	1,75	102 271	5,05
48 222	1,20	102 100	1,25	102 272	3,75
48 300	2,90	102 104	5,—	102 273	3,50
49 177	2,—	102 110	7,—	102 274	3,50
49 178	2,—	102 112	3,25	102 275	3,50
49 180	2,—	102 115	4,55	102 276	3,50
49 181	2,—	102 115	3,20	102 277	5,05
49 182	2,—	102 125	3,15	102 278	3,50
49 465	2,40	102 180	4,90	102 279	5,05
49 464	3,50	102 150	4,90	102 280	5,05
49 466	2,—	102 165	2,10	102 281	5,05
49 467	2,—	102 174	3,25	102 282	3,50
49 468	2,90	102 176	1,40	102 283	5,05
49 469	2,—	102 177	4,55	Wittenberge	7,—
49 470	2,90	102 179	4,—	Berbst	0,70
49 471	1,60	102 184	3,—	Summa	371,10 M.

G. K. Mann, Hauptkassierer.

Eingegangene Schriften und Bücher

Kommunale Praxis. Das zweite Quartal beginnt mit dem 1. April und mahnt die Abonnenten der Kommunalen Praxis, das Abonnement zu erneuern, damit keine Verzögerung in der Zustellung eintritt. Aber auch diejenigen Interessenten des weiten Gebietes der Kommunalpolitik, die bisher noch nicht Abonnenten waren, sollten den Quartalswechsel benutzen, um ein Probeabonnement zu beginnen. Die Kommunale Praxis erscheint wöchentlich und kostet 3 M. pro Quartal. Die uns vorliegenden Nummern 11 und 12 legen erneut Beweis ab von dem reichhaltigen Inhalt dieser Zeitschrift. Um jedem Interessenten Gelegenheit zu geben, die Kommunale Praxis kennen zu lernen, versendet der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, auf Wunsch Probenummern gratis und franco.

Die Wahlrechtsvorlage. Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses nach dem amtlichen Stenogramm der Sitzungen vom 10. bis 12. Februar 1910. Herausgegeben von der Landeskommission der preussischen Sozialdemokratie. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 60 Pf.

Die Broschüre, die u. a. auch die „großzügige“ Rede des preussischen Ministerpräsidenten von Bethmann Hollweg und seine Begründung der Wahlrechtsmischgeburt enthält, dürfte unseren Genossen im Kampfe für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gute Dienste leisten. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteur.

Biblische Geschichten von Mag. Lauren Brecher. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Heft 6: Die Propheten. Jedes Heft ist für sich abschließend und kostet 1 M., Volls Ausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteur.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. — Literatur: Szegedy, Victor, Kritische Betrachtungen zum Arbeitslammereigesetzentwurf. Von Mag.-Rat. v. Schulz.

Eine Schrift über den Halleischen Kometen erscheint in einigen Tagen im Dresdener Parteiverlag von Wenden u. Comp. Sie enthält astronomisches und Kulturgeschichtliches zur Kometenangelegenheit, bringt 30 Bilder bei und ist von Fritz Süßell und Dr. Franz Diederich in Dresden gemeinsam verfaßt. Die Schrift ist etwa 120 Seiten stark und kostet 1 M.

„Menschengröße.“ Roman von Wilhelm Heinrich Meißel. Verlag von Fritz Kater, Berlin O. 64. Preis 1 M. — Toy, man diesen Roman zeilenweise verschlingen könnte, läßt sich durchaus nicht behaupten. Es ist so gar nichts Frikolades und Sensationelles in dem ersten Buche. Wer sich aber so recht darin vertiefte, der wird gar manche Stelle doppelt lesen und oft ein Weilschen innehalten, um die Philosophie einer neuen Menschenvürde vorahnend mitzugenießen. Die Konflikte, welche die Romanfiguren durchzumachen haben, die sind häufig ein Abbild unserer eigenen Seelenkämpfe. So könnte man diesen Roman ein Buch des Kampfes und der Särung nennen, das uns belehrt und erheitert. Aber zwischen allen ersten Gewitterschlägen des Schicksals überkommt es uns doch wie ein frohes Wetterleuchten einer freieren Zukunft. So möge dieser Bedruf viele glückbringende und wahrheitsjuchende Freiheitkämpfer zu Sieg und Frieden und wahrer Menschengröße führen! Walder Manasse.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1883—1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder, kommt in 18 Lieferungen à 30 Pf. zu je 32 Seiten. Verlag von W. Vitz u. Co. in. S. K., München. — Soeben ist die 7. und 8. Lieferung des Handbuches erschienen. Es werden darin behandelt: Gewerkschaftsbewegung — Gleichheit (Frauenzeitschrift) — Handelsarbeiter — Hausindustrie — Impfwang — Inferale — Internationale Beziehungen der Partei — Jugendbewegung — Kalender — Marielle — Kaufmannsgerichte — Kinderzuschuß — Kohlennot — Kommunalpolitik — Kompromisse mit bürgerlichen Parteien — Kontrollschußmarke — Krankenversicherung — Landarbeiterfrage.

Karl Fischer. „Soldaten sein schön!“ Bilder aus Kaserne und Lazarett. Leipzig 1910. Leipziger Buchdruckerei A.-G. Preis 1 M., gebunden 1,50 M.

Am Laufe des vergangenen Jahres erschien im Feuilleton verschiedener Parteizeitungen eine Sammlung von padenden, lebenswahren Schilderungen aus dem Soldatenleben unter dem Titel: „Soldaten sein schön!“ Der Verfasser, ein als Schriftsteller bisher unbekannter, hat in Form einer Erzählung das ganze Leben des Kasernebafes, des militärischen Trills, der unbedingten Subordination meisterhaft gezeichnet. Die Bilder aus Kaserne und Lazarett wurden denn auch überall mit größtem Interesse gelesen, vor allen Dingen von denen, die selbst Soldat waren. Man soll heute man sagen hören: „Zuwohl, so ist es, genau so geht es mir.“ Recht hat nun der Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G., vielfachem Drängen Rechnung tragend, eine Buchausgabe

veranstaltet, die sicher allgemein freudig begrüßt werden wird. Bei guter Ausstattung und klarem Druck kostet das 141 Seiten starke Werkchen nur 1 Mark broschiert, gebunden 1,50 M. Das Buch wird seinen Weg machen, vor allem sollte es ihn finden in die Kreise der jungen Leute, die die Soldatenzeit noch vor sich haben und die oft aus Unkenntnis der Dinge sogar sich danach sehnen. Ganz besonders auch sollte das Buch in jeder Arbeiterbibliothek zu finden sein und in jedem Jugendheim sollte es in mehreren Exemplaren ausliegen.

Führer durch die Strafprozedur. Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei. Von Dr. Hugo Heinemann, Rechtsanwalt. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Zweite erweiterte und gänzlich umgearbeitete Auflage. Die Broschüre gibt die wichtigsten Rechte, welche dem zusehenden, der in ein Strafverfahren gegenüber den Gerichten, der Staatsanwaltschaft und der Polizei verwickelt ist, in Kürze wieder. Da gerade organisierte Arbeiter — durch die „Aufmerksamkeit“ der Behörden — leicht Gefahr laufen, bei Flugblattverbreitungen, Abhalten von Versammlungen usw. mit Polizei und Gerichten in Konflikt zu geraten, sollte dieses nützliche Heftchen bei keinem organisierten Arbeiter fehlen, um so mehr als der billige Preis von 30 Pf. die Anschaffung leicht macht. Zu beziehen ist der Führer durch alle Buchhandlungen und Kolporteur.

Arbeiter-Jugend Nr. 8: Aus den Zeiten der Märzrevolution, II. Von A. Conrad. — Die politischen Parteien. (Liberale Wandlungen. Die Nationalliberalen.) Von Jul. Wagnard. — Aus meiner Kindheit (Fortsetzung). Von Otto Krille. — Silber aus der Großindustrie. (Mit Illustrationen.) Von A. Wobbt. — Die jugendlichen Arbeiter in den Hüttenwerken. — Die jugendlichen Arbeiter in der Arbeiterversicherung: Die Organisation der Krankenversicherung. Von Fr. Kleis. — Aus der Jugendbewegung. — Des Lehrlings Leidenschronik. — Vom Kriegsschauplatz. — Fremdwörter.

Beilage: Verschnelle Mache. Erzählung von A. Gröbisch. — Heinrich Heine in seinen Liedern (Schluß). Von A. Wagner. — Körperkultur (Mit Illustrationen). Von Fritz Bildung. — Eine Lehrlingstragödie. — Stadt und Land. Ein Gespräch von Jürgen Brand. — Drei Wege. Gedicht von S. Thurov. — Ein Prachtjunge. Skizze von W. P. Larsen.

Totenliste des Verbandes.

Martin Grichta, Berlin Gaswert Müllerstraße † 24. 3. 1910, 61 Jahre alt.	Karl Serrander, Hamburg † 29. 3. 1910, 31 Jahre alt.
Guard Malkowsky, Kofak Gasarbeiter † 26. 3. 1910, 54 Jahre alt.	Josef Mayer, Augsburg Lonnenabfuhr † 30. 3. 1910, 84 Jahre alt.
Jonis Graf, Leipzig Feuerhausarbeiter † 26. 3. 1910, 42 Jahre alt.	Serhard Wagner, Berlin Kranlenkontrollent † 1. 4. 1910, 41 Jahre alt.
Johannes Fahrion, Eßlingen † 29. 3. 1910, 70 Jahre alt.	Georg Jasmüller, Augsburg Wasserbau † 2. 4. 1910, 51 Jahre alt.
Michael Morash, München Gasarbeiter † 29. 3. 1910, 40 Jahre alt.	Caspar Fleißh, Mühl. i. C. Straßenreintiger † 3. 4. 1910, 78 Jahre alt.
C. Serrander, Hamburg gestorben am 29. März 1910 im Alter von 81 Jahren. Ehre ihrem Andenken!	

Mainz.

Unser Kassierer, Kollege Johann Reichert, wohnt jetzt Frankenthalstraße 20, S. II. Stad., und wird dort Samstags von 6—8 und Sonntags von 11—1 Uhr das Kranlengeld ausbezahlt.

Der Mensch kommt manchmal, indem er sich einer Entwicklung seiner Kräfte, Fähigkeiten und Begriffe nähert, in eine Verlegenheit, aus der ihm ein guter Freund leicht helfen könnte; er gleicht einem Wanderer, der nicht weit von der Herberge ins Wasser fällt: griffe jemand sogleich zu, risse ihn ans Land, so wäre es um einmal Nachwerden getan, anstatt daß er sich auch wohl selbst, aber am jenseitigen Ufer, herausklimmt und einen beschwerlichen weiten Umweg nach seinem bestimmten Ziele zu machen hat. Goethe.

Kongreß der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands.

Der dem Reichstage kurz vor den Osterferien zugegangene Entwurf einer Reichsversicherungordnung bringt neben einigen notwendigen und seit Jahren erwarteten Reformen derart erhebliche Verschlechterungen für die versicherte Arbeiterschaft, daß derselbe den einmütigen Protest der gesamten Arbeiterschaft herausfordert. Bereits der vorjährige, zur öffentlichen Diskussion gestellte Entwurf begegnete in den Kreisen der Versicherten und Arbeitgeber einhelliger Zurückweisung. Der neue Entwurf hält im wesentlichen an den reaktionären Plänen der Reichsregierung gegen die Selbstverwaltung der Versicherten fest und es bedarf der tatkräftigsten Agitation der Arbeiterschaft aller Organisationsrichtungen, um rechtzeitig auf die Beratungen des Entwurfs im Reichstage im Reichstage des Entwurfs sei, die Vorlage schon in der ersten Woche nach dem Zusammentritt des Reichstages, also in der Zeit vom 12. bis 16. April, in erster Beratung zu erledigen und eine Verständigung in der Kommission über die neuen Grundzüge der Reform noch vor der Vertagung des Reichstages herbeizuführen. Die letztere ist bereits für die erste Woche im Mai vorgesehen.

Es war anzunehmen, daß die erste Beratung im Reichstage kurz vor der Vertagung des letzteren stattfinden und der Entwurf einer Kommission zugewiesen würde, die während des Sommers tagen sollte. Nunmehr berichtet die Tagespresse indes, daß beabsichtigt sei, die Vorlage schon in der ersten Woche nach dem Zusammentritt des Reichstages, also in der Zeit vom 12. bis 16. April, in erster Beratung zu erledigen und eine Verständigung in der Kommission über die neuen Grundzüge der Reform noch vor der Vertagung des Reichstages herbeizuführen. Die letztere ist bereits für die erste Woche im Mai vorgesehen.

Dieses beschleunigte Tempo der Verabschiedung eines so umfangreichen Gesetzeswerkes zwingt die Arbeiterschaft, sofort Stellung zu dem Entwurf zu nehmen und ihre Forderungen geltend zu machen, denn jede Aktion der Arbeiterschaft, um auf die Gestaltung des Gesetzes einzuwirken, würde vergeblich sein, wenn die Grundzüge des Gesetzes bereits in der Kommission festgelegt sind.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat die Veranstaltung eines Allgemeinen Kongresses aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands zum 25. April d. J. in Berlin

in Aussicht genommen. Zu diesem Kongreß sollen alle Organisationen gewerkschaftlichen Charakters zugelassen werden, und es sind bereits die entsprechenden Einladungen an die Zentralverbände, sowie an die Zentralen der Dtsch.-Dunderschen Gewerkschaften, Christlichen Gewerkschaften und die Polnische Berufsvereinigung ergangen. Auch die sonst bestehenden Organisationen gewerkschaftlichen Charakters von Arbeitern und Angestellten, die keiner Zentrale angehören, können an diesen Kongressen teilnehmen und wollen sich diesbezüglich mit der unterzeichneten Generalkommission in Verbindung setzen.

Das Tagungslokal sowie die Tagesordnung und die Referenten des Kongresses werden bekannt gegeben, sobald ein Einverständnis darüber mit den übrigen Gewerkschaftszentralen erzielt ist.

Wir bitten alle Gewerkschaften Deutschlands, ungesäumt zu diesem Kongreß Stellung zu nehmen und hoffen, daß die Beteiligung an demselben der Bedeutung der notwendigen Abwehraktion entspricht. Außerordentliche Umstände sind es, die ein rasches Handeln bedingen. Die deutsche Arbeiterschaft wird zeigen, daß sie ihre Rechte und Interessen wohl zu wahren weiß.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

E. Legien, Berlin SO. 10, Engelauer 14/15.

Delegiertenwahlen zum außerordentlichen Gewerkschaftskongreß.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Einberufung des Kongresses der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands schreiben wir hiermit die Delegiertenwahlen zu diesem Kongreß aus.

Als Wahltermin gelten der 16., 17. und 18. April d. J. Entsprechend dem Beschlusse des letzten Verbandstages haben wir unser Verbandsgebiet für diese Wahlen in 8 Wahlkreise eingeteilt, für die insgesamt 10 Delegierte zu wählen sind. Außerdem werden noch ein Vertreter des Verbandsausschusses und einige Vertreter des Verbandsvorstandes an diesem Kongreß teilnehmen. Für die Delegiertenwahl gilt nachstehende

Wahlkreiseinteilung.

Ort und Zahl der Mitglieder (13 Wochenbezüge)	Mitgliederzahl der Wahlkreise	Delegierte
Berlin (5458)	5458	2
Hamburg (4228), Bremen (979), Lübeck (656)	5868	2
München (2570), Augsburg (382)	2902	1
Stuttgart (1782), Nürnberg (1352)	3084	1
Strasbourg (801), Mannheim (1921)	2922	1
Frankfurt (1625), Köln (682), Düsseldorf (408)	2800	1
Leipzig (1714), Magdeburg (688), Hannover (459)	2806	1
Dresden (1598), Breslau (275), Königsberg (394), Brandenburg (292), Einzelmitglieder (235)	2784	1
	2819	0

Bei der Kürze der Zeit ist es unmöglich, vor der Wahl noch Kandidatenvorschläge entgegenzunehmen und zusammenzustellen. Die Komitees der einzelnen Wahlkreise tun deshalb gut daran, ihre Kandidatenvorschläge unter sich auszutauschen. Stimmzettel werden seitens des Vorstandes nicht geliefert. Es genügt, wenn die Komitees kleine Briefblätter zur Verfügung stellen, worauf der Name des Delegierten geschrieben werden kann. Stimmzettel und Wahlprotokolle sind bis spätestens 20. April an uns einzusenden. Da infolge Zeitmangels Stimmwahlen unmöglich sind, haben wir uns dahin entschieden, daß als gewählt derjenige Kandidat anzusehen ist, der die meisten der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinnahmt, wenn er auch nicht die absolute Majorität erhält. Der ihm an Stimmenzahl nächstfolgende Kollege ist als Ersatzmann zu betrachten.

Um jedem Mitgliede Gelegenheit zur Ausübung seines Wahlrechtes zu geben, ist die Abstimmung nicht in einer Mitglieder-versammlung, sondern in speziell anzuberaumenden Wahlversammlungen vorzunehmen.

Für jede Filiale sind je nach Größe und Ausdehnung der Filiale seitens der Ortsleitung eine Anzahl Wahllokale einzurichten und diese sowohl wie die Wahlzeit den Mitgliedern in der für Bekanntmachungen üblichen Art zur Kenntnis zu bringen. Die Wahlzeit ist so festzusetzen, daß sie mit dem Dienst der Mitglieder nicht kollidiert.

Die Wahl ist geheim und unmittelbar. Jedes Mitglied muß seine Stimme persönlich abgeben, Vertretung ist unzulässig. Wer länger denn acht Wochen mit seinen Beiträgen reht, ist nicht wahlberechtigt.

Der Stimmzettel ist zusammengefallen, die Namen der Gewählten nach innen, einem Mitgliede der Wahlkommission zu übergeben, welches den Stimmzettel uneröffnet in die Urne zu stecken hat. Auf dem Stimmzettel dürfen nur soviel Namen lesbarlich sein, wie Delegierte zu wählen sind.

Als Wahllegitimation gilt das Verbandsbuch. Dasselbe ist der Wahlkommission vorzulegen, von dieser zu prüfen und die vollzogene Stimmenabgabe, durch Abstempelung in der entsprechenden Rubrik des Verbandsbuches, zu vermerken.

Zur Leitung der Wahl ist seitens der Filialeitung für jedes Wahllokal eine Wahlkommission von drei Mann zu bestellen, welche für ordnungsgemäßen Hergang der Wahl zu sorgen und über die Wahlhandlung ein Protokoll zu führen hat. Jeder Wahlkommission ist ein Exemplar dieser Bestimmungen wie auch ein Wahl-Protokoll auszuhändigen, damit sie in der Lage ist, sich selbst orientieren und stets Bescheid erteilen zu können.

Die Auszählung der Stimmzettel und Stimmen hat sofort nach Schluß des Wahllokales durch die Wahlkommission selbst zu erfolgen. Protokolle und Stimmzettel sind an die Filialeitung abzuliefern, welche sie an den Verbandsvorstand weiter sendet.

Die Resultate der Wahl sind von den Ortsleitungen bis spätestens 20. April d. J. an den Verbandsvorstand einzusenden. Später einlaufende Wahlergebnisse bleiben unberücksichtigt.

Der Verbandsvorstand.